Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 203 | Bezugspreis: Monatlich 1 75 Mk frei Haus. Bei Abholung 1 60 Mk Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Freitag, den 5. September 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang

Droht ein neuer Eisenbahnerstreik?

Von Th. Kotzur,
Vorstandsmitglied des Eisenbahner-Verbandes.

Die Oeffentlichkeit ist in den letzten Tagen stark beunruhigt worden durch Mitteilungen über Vorbereitungen zu einem neuen Streik der Eisenbahner. Es ist durchaus verständlich, daß dieser Frage die größte Beachtung geschenkt wird, würde doch eine Stillegung des Eisenbahnbetriebes in dieser Stunde der größten Kohlennot den ohnehin schwachen Lebensnerv unseres Wirtschaftslebens geradezu tödlich treffen. Darüber besteht allerdings kein Zweifel, daß unverantwortliche Kräfte an der Arbeit sind, um unter den Eisenbahnern Stimmung für einen neuen Streik zu machen. Die wilden Streikbewegungen der letzten Zeit zeigen dies mit aller Deutlichkeit, sie können aber auch als Maßstab dienen zur Beurteilung der Aussichten für einen neuen Eisenbahnerstreik.

Die letzte Streikbewegung hatte ihren Ausgangspunkt in Frankfurt am Main, wo der Zentralrat der Eisenbahner den Generalstreik im Namen des Deutschen Eisenbahnerverbandes proklamierte. In Wirklichkeit hatte der Deutsche Eisenbahnerverband, der heute über 400 000 Mitglieder zählt, mit der ganzen Streikpropaganda nichts zu tun; der Verbandsvorstand hatte nicht einmal Kenntnis von dem Treiben des Zentralrates. Obwohl also der Verband vorgeschoben wurde, folgten nur wenige Orte der Parole, trotz der Kuriere, die „mit entsprechenden Instruktionen" von Frankfurt aus das Land bereisten. So gering die Streikbeteiligung auch war, sie wäre noch geringer gewesen, wenn die Beteiligten nicht die Auffassung gehabt hätten, es handele sich um wirtschaftliche Ziele. Das ist uns von den am Streik beteiligten Eisenbahnern in Darmstadt und Hannover einwandfrei bestätigt worden. In Limburg, wo der eingetroffene Kurier erklärte, es gehe nicht allein um wirtschaftliche Forderungen, sondern um die Beseitigung der gegenwärtigen Regierung, gelang es, trotz großer Erregung, nicht die Eisenbahner zum Streik zu bewegen. In Limburg wie in vielen anderen Orten hat die Erregung mit den politischen Vorgängen nicht das geringste zu tun. Die Ursache liegt in der ungerechten Verteilung der einzelnen Dienstorte in den Lohnortklassen. Die Eisenbahner Limburgs wünschen z. B. mit den Eisenbahnen Betzdorfs, das im gleichen Direktionsbezirk liegt und die gleiche wirtschaftliche Struktur aufweist, gleichgestellt zu werden. Die Eisenbahnverwaltung nimmt aber einen ablehnenden Standpunkt ein und verweist darauf, daß die höheren Löhne der Industriearbeiter in Betzdorf auch höhere Eisenbahnerlöhne erfordern. Diese Begründung übersieht, daß der Krieg die Lebensmittel und Waren in den kleinen Städten genau so verteuert hat, wie in den Großstädten. Da nun die Eisenbahner der großen Städte in Not geraten sind, trifft das auch für die kleinen Orte zu. Daher die Erregung in allen Orten und Bezirken. So wie im Falle Limburg liegen die Verhältnisse in Hundert kleineren und größeren Orten und die Eisenbahner sind der Meinung, daß die Durchführung des Rätesystems die Wünsche auf eine günstige Lohnstaffelung, wie auch auf allen anderen Gebieten, erfüllen wird. Diese Hoffnung wird erst so recht verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß innerhalb des Eisenbahnbetriebes, vom Ministerium angefangen bis zu den Direktionen und örtlichen Dienststellen herab, zahlreiche Beamte amtieren, die in der Tat den Geist der neuen Zeit nicht verstanden haben und ihn heute, in der Stunde der ernstesten Gefahr, immer noch nicht verstehen. Die Absetzung einer Anzahl höherer Beamten in der Direktion Erfurt durch eine aus dem ganzen Bezirk stark besuchte Versammlung der Eisenbahner im Juni dieses Jahres bestätigt es. Und dabei handelt es sich bei den Klagen nicht etwa um grundlose Behauptungen, sondern um bewiesene Tatsachen. Hat doch selbst der General Maercker, der damals Erfurt militärisch besetzte, dem preußischen Ministerpräsidenten und mir bestätigt, daß das Verhalten einiger Beamten nicht einwandfrei sei. Der Eisenbahnminister Oeser sah sich dann auch veranlaßt, Konzessionen zu machen, die aber leider — wie so oft im Leben — zu spät kamen und darum auch nicht die gewünschte Wirkung hatten. Daraus erklärt es sich, daß diesmal wieder aus Erfurt die beunruhigenden Alarmnachrichten kommen.

Soweit ich die Verhältnisse übersehen kann, dürfte es vorläufig zu keinem Eisenbahnerstreik kommen, weil die kommunistische Wühlarbeit ihren Zweck nicht erreichen wird. Den Kommunisten kommt es nicht darauf an, den Eisenbahnern das Rätesystem zu erkämpfen, um ihnen die völlige Demokratisierung des Eisenbahnbetriebes und die Erfüllung der nebenher laufenden zahlreichen Wünsche zu bringen; nein, sie wollen mit Hilfe der Eisenbahner das deutsche Wirtschaftsleben vollständig zertrümmern, um dann die sogenannte Diktatur des Proletariats, d. h. die Diktatur einiger größenwahnsinniger Diktatoren aufzurichten. Das Beispiel Ungarns wird dem letzten Eisenbahner die Augen darüber geöffnet haben, wohin dieser Weg dann führt. Ich glaube also annehmen zu dürfen, daß diese Gefahr, so sehr sie auch infolge der reichlichen kommunistischen Geldmittel und sonstigen Hilfsquellen die ernsteste Beachtung verdient, ungefährlich gemacht worden ist.

Anders liegen die Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete. Hier haben wir eine Gefahr, die eines Tages den Sturm herbeiführen kann. Darüber täuschen sich offenbar der preußische Eisenbahnminister Oeser und viele ihm unterstellte höhere Beamte. Ich brauche nur hinzuweisen auf das Verhalten des Direktionspräsidenten in Breslau, Stettin und anderen Orten. Ohne mich mit Einzelheiten aufzuhalten, möchte ich ganz ernstlich darauf hinweisen, daß es ein unaufschiebbares Gebot der Stunde ist, sofort die Demokratisierung des Betriebes vorzunehmen. Eine Lösung der Rätefrage, die das gesamte Personal befriedigt, muß gefunden werden.

Eine weitere dringende Angelegenheit ist die strikte Durchführung des Preisabbaues in allen Gemeinden. Diese Maßnahme darf sich aber nicht nur auf Lebensmittel beschränken, sondern muß vor allem die Bekleidungsgegenstände erfassen. Für die zurückliegende Zeit mit ihren Sorgen und Nöten und der daraus sich ergebenden vielfachen Verschuldung muß eine einmalige Entschuldungssumme an Beamte und Arbeiter gezahlt werden.

Endlich müssen die Verhandlungen über die Schaffung einer neuen Lohnordnung sofort aufgenommen werden. Dabei müssen die zahlreichen Beschwerden über ungerechte Einstaffelungen ihre Erledigung finden. Ebenso muß das Gehaltssystem der Beamten einer grundlegenden Reform unterzogen werden. Die Krönung aller Maßnahmen muß der Kollektivvertrag sein. Gelingt es, auf den vorstehend bezeichneten Gebieten zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, dann glaube ich, ist die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks überwunden; aber Eile, allergrößte Eile tut not!

Noske über die Lage im Baltikum.

Minister Noske machte einem Zeitungsvertreter folgende Mitteilungen:

„Die Lage in Lettland kann man nicht mit Befehlen lösen; die Truppe ist aufgeregt und nicht mit Unrecht, denn sie sieht sich betrogen um das, was ihr von der lettischen Regierung feierlich versprochen war.

Darum verspricht sich der Minister von der persönlichen Einwirkung des Grafen von der Goltz allein Erfolg. Die Lage im Baltikum ist, wie der letzte Vorstoß der Bolschewiki bei Pleskau gezeigt hat, ganz außerordentlich unsicher; was sich zum Kampfe gegen sie jetzt allmählich gesammelt hat, sind kaum mehr als 6000 Mann der verschiedensten Herkunft. Waffen und Ausrüstung stehen ihnen nur in beschränktem Umfang zur Verfügung. Da sie mit der weiter nördlich kämpfenden russischen Armee Judenitsch nichts zu tun haben wollen, hat sich die Entente ihnen gegenüber bisher sehr zurückhaltend gezeigt, eine Ueberlassung deutschen Materials wäre aber aus politischen Gründen unmöglich. Wieweit diese Kräfte daher imstande sein werden, einem weiteren Ansturm der Bolschewiki standzuhalten, ist äußerst zweifelhaft, noch zweifelhafter allerdings bei den rein lettischen Formationen. So ersteht denn immer wieder die unmittelbare Gefahr für den deutschen Boden selbst. Haben wir Lettland geräumt, so verlangt der Schutz Ostpreußens die sofortige Schaffung eines neuen Verteidigungssystems.

Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des kommenden Winters, führte der Minister aus, verlangen gebieterisch, die Möglichkeit von Unruhen ins Auge zu fassen und ihnen beizeiten zu begegnen; daß dies mit der uns gelassenen Truppenmenge nicht möglich ist, muß immer wieder betont werden. Es steht zu erwarten, daß die neue militärische Kontrollkommission der Entente ihre Arbeit schon in der nächsten Zeit in einer Weise aufnimmt, die sich dem deutschen Volke sehr deutlich fühlbar machen wird. Wenn man liest, daß 60 Offiziere des Verbandes ständig über das ganze Reich verteilt sein werden, und wenn man hört, daß heute schon z. B. in Darmstadt das Uebungsschießen einer deutschen Truppe von einem französischen Offizier kontrolliert wird, dann bedarf es keiner Erklärung dafür, daß die Reichsregierung gegen dieses, die Bonafides-Auslegung des Vertrags weit überbietende Maß von Ueberwachung sofort Einspruch erhoben hat."

Mit der Politik Noskes im Baltikum sind wir nicht einverstanden. Es ist richtig, daß der Unwille der Truppen berechtigt ist; es ist auch zu billigen, daß auf gütlichem Wege die Sinnesänderung der Truppen angestrebt wird. Aber ein längeres Verweilen deutscher Truppenmengen im Baltikum ist nicht zu rechtfertigen. Wir haben dort nichts mehr zu suchen. Und die Gefahr eines bolschewistischen Einbruchs in Deutschland ist so gering, daß um ihretwillen die Maßnahme nicht berechtigt erscheint, zumal nach dem jetzt vorliegenden Friedensangebot der Sowjetregierung an Estland.

Oberst Reinhard.

Der Vorwärts hatte kürzlich die Zuschrift eines gemaßregelten Offizierstellvertreters an den Oberst Reinhard veröffentlicht, aus dem ersichtlich war, in welch tendenziöser Weise Oberst Reinhard die Bekämpfung der von ihm und seinen Kumpanen ausgehenden reaktionären Machenschaften als „Wühlereien" usw. zu verdächtigen sucht. Jetzt hat Oberst Reinhard an den Vorwärts folgendes anmaßende Schreiben gerichtet:

Berlin, den 31. August 1919.

An die Redaktion des Vorwärts, Berlin.

Auf Ihren Artikel vom 30. August „Eine Anklage" erwidere ich:

Mein Wunsch fürs Vaterland im Augenblick ist vor allem Ordnung. Weil ihr sich Neuendorff nicht fügte, ist er entlassen worden.

Daß bei den augenblicklichen Zuständen einem Feld- und Frontsoldaten gelegentlich ein recht derbes Wort über die Lippen fährt, wird wohl niemand wundern.

Auf die Wiederkehr einer Monarchie im Augenblick ist wohl nicht zu denken; sie verbietet schon die Entente; das weiß auch ihre Redaktion.

Ich vermag daher in ihrem Artikel nur den Versuch zu erkennen, sich für kommende Unruhen bei den radikalen Parteien noch schnell in günstiges Licht zu setzen; auch dies bezweckt wohl die Gründung des Republikanischen Führerbundes in Ihren Räumen.

Sie können nicht verlangen, daß man zusieht, wie Sie und Ihre Anhänger sich allmählich der Zerwühlung der Truppe widmen. Diese weiß genau, daß sie für die kommenden Zeiten treu zusammenhalten muß, wenn sie bestehen will. Nicht um Republik oder Monarchie wird es sich demnächst im Lande handeln, sondern um Arbeit und Ordnung.

Ich kann die Redaktion nur bitten, sich hierbei zu beteiligen. So wird sie Deutschland am meisten nutzen, und auch nur dann wieder Männer finden, die ihr helfen, wie am 11. Januar.

Reinhard,
Oberst und Inf.-Führer der Reichsw.-Brigade Berlin.

Dazu schreibt der Vorwärts u. a.:

„Der anmaßende und unverschämte Ton des Schreibens macht eigentlich jeden Kommentar überflüssig. Mit der bezeichnenden Ausdrucksweise, daß er „im Augenblick" nicht an eine Wiederherstellung der Monarchie denke, und auch dies nur aus dem Grunde, weil es die Entente verbietet, enthüllt Oberst Reinhard seine Gesinnung auf das deutlichste. . . .

Aber wichtiger als diese Auseinandersetzung ist uns die zynische Feststellung des Obersten Reinhard, daß er den Offizierstellvertreter Neuendorff gemaßregelt hat. Damit ist die von diesem erhobene Anklage nur allzu deutlich bestätigt. Das Recht eines „recht derben Wortes" erkennt Oberst Reinhard offenbar nur sich selber und allen reaktionär Denkenden zu; wenn ein republikanisch gesinnter Feld- und Frontsoldat von demselben Rechte Gebrauch macht, so setzt ihn Oberst Reinhard auf die Straße.

Dieses Berliner Gegenstück zum Münchner Herrgott hat schon lange genug sein Unwesen getrieben. Für diesen Mann ist in der republikanischen Wehrmacht kein Platz. Die siegesbewußte Anmaßung, mit der er schreibt, zeigt zur Genüge, wie notwendig die Gründung einer republikanischen Abwehrorganisation gegen derartige monarchistische Wühler und Umstürzler gewesen ist. Wir verlangen vom Reichswehrminister, daß er diesem Treiben ein Ende macht, und zwar auf dem Wege, den ihm Oberst Reinhard selber gewiesen hat."

Ferner berichtet der Vorwärts:

„Zum Fall des Obersten Reinhard erhalten wir übrigens noch verschiedene Zuschriften, welche die Denkart dieses Mannes ins grellste Licht setzen. Eine Zuschrift stellt eine Ansprache anläßlich eines Sportfestes des 2. Garderegimentes bei Cornay in den Argonnen vor versammelter Mannschaft getan hat. Sie lautet: Wenn es nach ihm ginge, dann würden die Sozialdemokraten, die augenblicklich in Stockholm den Frieden machen wollten, an den ersten besten Apfelbaum (er zeigte dabei auf ein paar nahe Bäume) aufgeknüpft werden.

Ein Angehöriger der Reinhardschen Brigade übersendet uns eine offene Anfrage an den Reichswehrminister, in der er fragt, ob es diesem bekannt ist, daß durch die systematische Abschiebung der sozialdemokratischen und demokratischen Wehrleute und die irreführende sogenannte „Aufklärung" seitens reaktionärer Offiziere die Truppe mit der Zeit der Regierung vollständig entfremdet wird? Uns sind diese Machenschaften jedenfalls nicht unbekannt, sie beleuchten die Art und Weise, wie Oberst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190905-15/fragment/page=0001

Reinhard sein Ziel der „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" in Wirklichkeit auffaßt."

Oberst Reinhard ist eine Landsknechtsnatur. Er steht bei seiner Truppe in hohem Ansehen und besitzt großen Einfluß auf sie. Trotzdem muß er entfernt werden. Auch hier ist der erste Verdruß besser als der letzte. Noske darf nicht länger die Erwägung allein entscheidend sein lassen, daß er die Truppen gebraucht. Die Truppen müssen sich entscheiden, ob ihnen die Regierung mehr gilt als ihr spezieller Führer. Mag diese Probe aufs Exempel ausfallen wie sie will; sie muß unternommen und die Konsequenzen müssen getragen werden.

Die „deutsche Politik" des Fürsten Bülow.

Dem Buche von F. W. Förster „Politische Ethik und politische Pädagogik", das jetzt bei Reinhardt in München in dritter Auflage erschienen ist, sind folgende Ausführungen entnommen:

Fürst Bülow ist nichts weniger als ein Machiavellist im dämonischen Sinne. Er hat auch nichts von dem Eroberungsdrang des alten deutschen Ritterordens in sich. Er ist ein hochgebildeter preußischer Gentleman, der am liebsten alle internationalen Schwierigkeiten im diplomatischen Spiel geordnet hätte. Aber er trägt eine verhängnisvolle Erbschaft der preußischen Geschichte in sich — jener Geschichte, die er selbst als eine einzigartige Kette von kriegerischen Leistungen bezeichnet: Und diese Erbschaft liegt in dem tiefgewurzelten Glauben, daß das Thema des Staatenverkehrs immer nur der Machtkampf sein könne. Hieraus ergab sich logisch eine Flottenrüstung, die uns unausbleiblich in Konflikt mit England treiben mußte. Daß der unvergleichliche Aufschwung des deutschen Seehandels — von 1897 bis 1907 hat er sich verdoppelt — sich ohne Flottenschutz vollzogen hat, und daß den Seehandel nur die Flotte schützen kann, die die Meere beherrscht, wurde nicht beachtet. Es wird erzählt, daß der alternde Fürst Bismarck beim Anblick des internationalen Treibens in dem erweiterten Hamburger Hafen ganz ergriffen ausgerufen habe: „Eine ganz neue Welt, eine ganz neue Welt!" Vielleicht überkam den Greis hier doch eine Ahnung, daß zu dieser ganz neuen Welt wohl auch ganz neue Methoden in der Auseinandersetzung der Interessen gehören und daß man nicht überall der Erste und der sich restlos Durchsetzende sein könne, sondern mit anderen und älteren Traditionen ein weitblickendes Arrangement treffen müsse, wenn man nicht eines Tages eine Weltkoalition gegen sich haben wolle.

Diese Ahnung ist jedenfalls dem Fürsten Bülow niemals gekommen. Er hat aus dem ganzen Weltkriege so wenig gelernt, daß er es wagt, in der Einleitung zu seinem Buche zu schreiben: „Gegenüber der Stimmung, die dieser Krieg gegen uns zurücklassen wird, würde die einfache Wiederherstellung des status quo ante bellum für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten. Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen können, daß unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde." Man braucht nur diesen Satz zu zitieren, um den Geist dieser „Staatskunst" zu charakterisieren. Fürst Bülow hatte gewiß auch nicht den leisesten Wunsch eines Krieges mit England. Er wollte nur jedes deutsche Interesse in der Welt mit der deutschen Faust decken. Die unaufhaltsame Konsequenz dieser armseligen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Philosophie aber mußte ihn in das ganze uferlose Machttreiben des neuen industriellen Herrentums und des auf die Erdkugel angewandten feudalen Wesens hineinziehen. Welchen gewaltigen und ehrenvollen Eindruck würde es gemacht haben, wenn er nun mitten in der Katastrophe aufgestanden wäre und, ohne die „Weltschuld" abzuleugnen, doch für seinen Anteil ein tapferes „Peccavi" gesprochen hätte! Statt dessen sucht er alle seine Direktiven und Maßnahmen unbedingt zu verteidigen, obwohl er fast in allen Fällen festzustellen genötigt ist, daß er stets das Gegenteil des beabsichtigten Erfolges erreicht hat.

Geradezu symbolisch dafür ist die Darlegung über seine Ostmarkenpolitik. Diese Politik wird mit Hinweis auf die Notwendigkeit begründet, das östliche Deutschland gegenüber dem mächtig andrängenden Polentum zu verteidigen. Als ob nicht ganz andere Methoden am Platze gewesen wären, die polnische Bevölkerung mit dem deutschen Staate auszusöhnen, und als ob diese Politik der Verbote und der Enteignungen, die sogar den Protest alter preußischer Adeliger von ritterlicher Tradition herausforderte, die agressive Kraft des ganzen Slaventums nicht verdreifachen mußte! „Die Energie, mit der die Polen die Abwehr . . . in Szene gesetzt haben, verdient Bewunderung." Aber was verdient eine Politik, die solche Energie durch erbitternde und letzten Endes doch wirkungslose Maßnahmen zu organisieren weiß? Freilich kam Fürst Bülow hier in Schwierigkeiten hinein, die das Ergebnis einer ganzen Geschichte von Fehlgriffen (milde gesagt!) waren — er hat aber durch seine ganze, gerade gegenüber der slavischen Seele in ganz besonderem Sinne verfehlte Politik entscheidend dazu beigetragen, die Sachlage zu verschärfen und die Gegnerschaft des Ostens gegen das Deutschtum zu vertiefen. Gerade hier offenbarte sich die ganze Ohnmacht dieser Machtpolitik, deren Methodik immer nur mit dem gefügigen preußischen Staatsbürger und nicht mit den elementaren Gegenwirkungen freiheitsdurstiger Nationalitäten rechnete. Und so war es an allen Ecken und Enden der Welt.

Es ist nicht nötig, eine lange Widerlegung von Fürst Bülows Deutscher Politik zu schreiben. Die Weltgeschichte hat diese Widerlegung schon geschrieben. Fürst Bülow bemerkte einmal, er könne Weltpolitik doch nicht von der „abstrakten" Moralphilosophie aus treiben. Gewiß kann man von einer bloßen abstrakten Philosophie aus nicht wirksam in die Welt eingreifen. Aber der bloße nationale Egoismus ist ebenso abstrakt wie jene Art von Philosophie: er erfüllt ein Volk so sehr mit den eigenen „Belangen", daß es die richtige Einfühlung in die Realitäten der umgebenden Welt verliert. Erst die Liebe und Achtung für fremde Rechte und Interessen, die Rücksicht auf fremde Reizbarkeiten, der aufrichtige Wunsch nach der Einordnung der eigenen Weltleistung in die Gemeinschaft der Völker, schafft auch der Weltpolitik den wahren Wirklichkeitssinn für die richtige Behandlung der übrigen Weltkräfte und verleiht den richtigen Takt, um den guten Willen jenseits der eigenen Grenzen zu wecken und zu organisieren.

Holland und Deutschland.

Auf dem anläßlich der Leipziger Herbstmesse veranstalteten Holländerabend hielt Ministerialdirektor Müller vom Reichswirtschaftsministerium eine bemerkenswerte Ansprache über die deutsch-holländischen Handelsbeziehungen, in der er u. a. ausführte:

Die während des Krieges sich in Holland häufenden Vorräte gaben in Holland zu der Auffassung Anlaß, daß sich nach Aufhebung der Blockade ein gewaltiges Geschäft von Holland nach Deutschland entwickeln würde, daß Holland von Deutschland binnen kürzester Frist leergekauft werden würde. Das ist nun tatsächlich aus naheliegenden Gründen nicht der Fall gewesen. In letzter Zeit haben Ausführungen in der holländischen Presse über die Zukunft der deutsch-holländischen Handelsbeziehungen Aufsehen erregt. Der Verfasser empfiehlt seinen Landsleuten, ihr Interesse nicht allein oder in erster Linie Deutschland zuzuwenden, sondern auch nach Westen, sowie denjenigen Staaten, die durch den Krieg in Europa neu entstanden sind, zu blicken. Was die Meinung des Verfassers über die Schwierigkeiten für Deutschland, seine Produkte abzusetzen, anbelangt, so trifft seine Ansicht nach den bisherigen Beobachtungen nicht zu. Tatsächlich hat vielmehr nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, insbesondere in kriegführenden Ländern, Arbeitslust und Produktion nachgelassen, so daß überall große Nachfrage nach Waren besteht. Auch Deutschland fehlt es zurzeit nicht am Absatz für seine industriellen Erzeugnisse. Auch wenn die Arbeitsintensität sich allgemein wieder heben sollte, was anzunehmen ist, so wird schon die fortschreitende Sozialgesetzgebung voraussichtlich zur Folge haben, daß Deutschland um den Absatz seiner Erzeugnisse nicht allzu besorgt zu sein braucht, da diese Erzeugnisse zur Befriedigung des gesamten Bedarfes der Welt an wirtschaftlichen Gütern nicht entbehrt werden können. Erhebliche Aufnahmefähigkeit besitzt Holland für Fahrräder, für Maschinen usw. Auch gewisse Rohstoffe, z. B. Zement, Kalk und Kali, wird Holland voraussichtlich weiter von Deutschland beziehen. Inwieweit Deutschland noch zur Lieferung von Kohle fähig sein wird, ist einstweilen nicht zu übersehen, nachdem ihm wichtige Kohlengebiete durch den Friedensvertrag genommen worden sind. Die Ausfuhr von Arzneiwaren, Farben, von Chemikalien der verschiedensten Art wird auch künftig zweifellos möglich sein. Auf der anderen Seite ist Deutschland für Holland ein bedeutendes Einfuhrland für holländische Erträgnisse der verschiedensten Art, für Lebensmittel als auch für Rohstoffe. Schwierig für Deutschland ist allerdings die Bezahlung der holländischen Einfuhrwaren. In dem Maße, wie sich allmählich die deutsche Ausfuhr wieder heben wird, wird nicht nur die deutsche Valuta sich allmählich bessern, sondern es wird auch Deutschland möglich sein, Kredite zu decken und Waren in größerem Umfange zu beziehen, als es dazu zurzeit in der Lage ist.

„Schwere Gewissenskonflikte."

Der Beamtenausschuß der Deutschnationalen wehrt sich gegen die Vereidigung auf die Reichsverfassung. Der Eid verursache ihnen „schwere Gewissenskonflikte" und taste die Freiheit der politischen Gesinnung an. Sie würden zwar den Eid leisten, aber sich das Recht vorbehalten, andere Zustände zu erstreben.

Dieses Recht steht ihnen selbstverständlich zu, ist ihnen sogar durch die Verfassung ausdrücklich zugesichert. Bedienen sie sich dabei ungehöriger Mittel, so werden sie einfach beseitigt werden.

Ein Beschluß der Kohlenbergleute.

Sämtliche Arbeiterausschüsse und Betriebsräte des Waldenburger Gebiets hielten eine Konferenz ab, die sich mit der Linderung der Kohlennot in Schlesien, insbesondere Breslau, beschäftigte. Mit Rücksicht auf die Notlage der Provinz wurde beschlossen, von jedem Streikversuch vorläufig abzusehen und mit allen Kräften die Kohlenproduktion zu fördern. Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiterschaft und die gesamte minderbemittelte Bevölkerung Breslaus am schwersten getroffen wird, verpflichteten sich die Anwesenden, danach zu trachten, daß trotz der Streiks in Oberschlesien das Waldenburger Revier Kohlen für Breslau und die übrigen Städte in der Provinz in genügendem Umfange schaffen wird.

Gegen die Kriegsgesellschaften.

Die bayerische Regierung hat bei der Reichsregierung um Einsetzung einer Kommission aus Mitgliedern der Volksvertretung, Reichsregierung und des Reichsrats beantragt, die das Geschäftsgebaren der Kriegsgesellschaften zu prüfen, die Ergebnisse ihrer Tätigkeit festzustellen und die Frage ihrer Liquidierung zu begutachten hat.

Wahlschein der Unabhängigen.

Am kommenden Sonntag finden im Weimarer Lande die Wahlen zu den Bezirksausschüssen statt. Die Unabhängigen haben beschlossen, sich nicht daran zu beteiligen. Die Parteileitung begründet das damit, noch erhebliche Teile der Industriearbeiter ständen ihrer Partei fern, und die Landbevölkerung verhalte sich sogar direkt feindselig, außerdem fehle es an Geld und Organisationen.

Unabhängige Ablenkungsversuche.

Die Freiheit hat das frivole Bestreben, die Aufmerksamkeit von den furchtbaren Tatsachen, die der Münchener Geiselprozeß an den Tag bringt, ablenken zu wollen. Aus diesem Grunde hat sie plötzlich die Frage nach dem im Liebknecht-Prozeß verurteilten Runge aufgeworfen. Leider wird es der Freiheit nicht möglich sein, von diesem Trick lange zu profitieren. Wie die P. P. N. von zuständiger Stelle erfahren, befindet sich Runge, nachdem er im Lazarett entlassen worden ist, in der südlichen Militärarrestanstalt in Tempelhof.

Volksabstimmung in Ostpreußen.

In den Regierungsbezirken Allenstein und Oletzko hat nach dem Friedensvertrag eine Volksabstimmung über das Verbleiben bei Deutschland zu entscheiden. Stimmberechtigt sind alle über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts, die entweder im Abstimmungsgebiet ansässig oder in ihm geboren sind. Die Zahl der letzteren ist bei der starken Abwanderung aus diesen Gebieten in den letzten 30 Jahren eine außerordentlich hohe und dürfte 60 000 überschreiten. Von verschiedenen Stellen im Reich ist die Frage der Rückführung der Stimmberechtigten in ihre Heimat für die Abstimmung in der Tagespresse erörtert worden. Die Beförderung soll kostenlos erfolgen, außerdem sollen Unterkunft und Verpflegung sichergestellt werden, eine angemessene Entschädigung für diejenigen, die durch die Abstimmung Ausfälle an ihrem Einkommen haben, ist in Aussicht genommen. Alle Anschriften sind zu richten an: Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes, Abteilung Volksabstimmung, in Karlshof bei Rastenburg, Geldsendungen an das Konto der Bezirksstelle bei der Deutschen Bank in Allenstein.

Entschädigung der Hohenzollern.

Der preußische Finanzminister hat erklärt, er hoffe eine Regelung vorschlagen zu können, die ohne Kleinlichkeit und Gehässigkeit sei und auch im Volke keinerlei begründeter Kritik unterliegen werde. Nach den bisherigen Feststellungen habe die bisherige königliche Familie keine Kapitalsanlage im Auslande. Bei seiner Flucht ins Ausland habe der frühere König insgesamt 650 000 Mk. bei sich gehabt. Vor den von den Vorgängern Südekums erlassenen Beschlagnahmeverfügungen sei kein Pfennig ins Ausland herausgebracht worden.

Behandlung Deutscher durch Polen.

Die aus Oberschlesien nach Polen verschleppten und jetzt zurückgekehrten deutschen Offiziere und Mannschaften teilen mit, daß sie nach ihrer Gefangennahme von den regulären polnischen Truppen übernommen und in die polnischen Militärgefangenlager gebracht wurden. Die polnischen Kommandobehörden haben sich also hierdurch der Beteiligung am Aufstande schuldig gemacht. Unsere Offiziere und Mannschaften wurden angeblich als Internierte, in Wirklichkeit wie Gefangene behandelt. Die Unterbringung erfolgte in völlig verschmutzten und verlausten Baracken, meist ohne Decken und Strohsäcke. Die Verpflegung war ungenügend und unbeschreiblich schlecht. Die Mannschaften hatten keine Bewegungsfreiheit; Bekleidung, Ausrüstung und Decken wurden ihnen zum großen Teil fortgenommen. Es kam vor, daß Offiziere und Mannschaften geschlagen wurden. Nur dem energischen Eingreifen der Amerikaner ist es zu danken, daß trotz des Widerstandes der Polen die Gefangenen aus ihrer unwürdigen Lage befreit wurden.

Rußland und Esthland.

Die Sowjetregierung hat sich an die esthnische Regierung mit Friedensvorschlägen auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit des esthnischen Staates gewandt.

In Lettland ist die Ministerkrise durch Rücktritt zweier Minister beseitigt worden. Präsident Ulmanis erklärte, er hoffe eine feste Front gegen die Bolschewisten bilden zu können.

Cadorna verurteilt.

Der einst umjubelte italienische Generalissimus Cadorna ist durch Beschluß des Ministerrats seines Amtes entsetzt und seiner Pension für verlustig erklärt worden. Das Urteil wurde bereits im Juli 1918 gefällt. Es wird Cadorna vorgeworfen, bei dem Vorstoß an der Piave im Herbste 1917 nicht richtig operiert zu haben.

Egypten will selbständig sein.

Wie in Indien so wächst auch in Aegypten die Bewegung, die das Land von jedem Einflusse Englands freimachen will. Die Nachricht, der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten habe Aegypten für unabhängig erklärt, hat in Kairo große Freude verursacht und zu umfangreichen Demonstrationen geführt.

Macdonald über Luzern.

Der bekannte englische Arbeiterführer Genosse Ramsay Macdonald gibt in der Pariser sozialistischen Humanité seine Eindrücke von der Luzerner Konferenz in folgender Weise wieder:

Meine Eindrücke sind im ganzen genommen gut, obwohl Angesichts vorliegen, daß die Dinge in Genf nicht ganz glatt vonstatten gehen werden. Die Rede Vanderveldes über die Verantwortlichkeiten drückt nicht, wie ich glaube — und ich hoffe, daß ich ihn nicht richtig verstanden habe — den aufrichtigen Wunsch aus, eine erschöpfende Untersuchung zu veranstalten, sondern ehden, zu einem Schluß von rein parteiischem Charakter zu gelangen. Der Genfer Kongreß wird seine Aufgabe nicht erfüllen, wenn er nicht wenigstens in aller Unparteilichkeit sich über die Frage der Kriegsverantwortlichkeiten ausspricht indem er, soweit die Umstände es erlauben, alle Gedankengänge und Gesichtspunkte zur Erwägung heranzieht und dies in dem Geiste eines Geschichtsschreibers, der seine Darstellung etwa 50 Jahre später veröffentlicht.

Viel zu viel Wichtigkeit wurde in Luzern der Erörterung über die nationalen Differenzpunkte beigelegt. Sicherlich gehören bestimmte dieser Differenzpunkte in das Ressort der Internationale, aber sie sollten in Genf durch eine kleine Kommission erledigt werden; in dieser Hinsicht sollte man sich nicht auf der Tribüne eines Kongresses in Angriffen und Gegenangriffen erschöpfen.

Wir standen in Luzern der fast verzweifelten politischen Verwirrung gegenüber, in die der Krieg ganz Europa getaucht hat. Nachdem sie die ehemaligen Staatenbünde in eine Reihe neuer Staaten aufgelöst hatten, verstanden es die Alliierten nicht, sie zu ersetzen, sie weigern sich, die neuen Nationalitäten anzuerkennen oder ihnen die Ermächtigung zu geben, sich selbst zu regieren, und die Staaten, die sie schaffen — Polen und die Tschechoslowakei — nach jeder Richtung hin unfähig, andere Völker zu beherrschen, werden ungerechter und tyrannischer sein als das ehemalige österreich-ungarische Reich, wie schlecht auch immer seine Verwaltung gewesen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190905-15/fragment/page=0002

sein mag. **Die Internationale muß also eine Lösung für das Problem der Nationalitäten und der Staatsbünde finden, und in dieser Hinsicht glaube ich, ist in Luzern ein guter Anfang gemacht worden.**

Die Energie, die die Delegierten entfalteten, um die Internationale zugleich vor innerer Spaltung und vor allzu blinder Hinneigung zu bestimmten Sektionen, die den Geist der Internationale verloren haben, zu retten, gestaltete die Luzerner Konferenz zu einer Vereinigung voller Hoffnung und Herzlichkeit. Ich hoffe, daß man in Genf dieselbe Haltung bewahren wird und daß die Sektionen, die dorthin kommen werden, der Internationale treu bleiben und sie mit Festigkeit verteidigen werden. Eine starke und geeinigte Internationale ist notwendiger als jemals, wenn das an Hilfsquellen völlig erschöpfte und in dem Gestrüpp seiner Politik völlig verirrte Europa vor der Vernichtung bewahrt bleiben soll und wenn die Arbeiterklassen von nun an als freie Menschen und nicht als Sklaven leben sollen.

Die preußische Verfassung wird der Landesversammlung nach ihrem Zusammentritt Mitte dieses Monats zur Beratung vorgelegt werden.

Eine Regierungskrise soll in Sachsen bevorstehen. Die Demokraten fühlen sich zurückgesetzt und wollen beim Wiederzusammentritt der Kammer die Regierung stürzen. Das dürfte ihnen nicht so leicht werden.

Eine Aufklärung. Der Chefredakteur der Berliner Illustrierten Zeitung, die das Badebild Ebert—Noske veröffentlichte, teilt dem Vorwärts nach Rückkehr aus den Ferien mit, daß er die Aufnahme des Bildes bereits abgelehnt hatte, daß aber in Unkenntnis dieses Umstandes während seiner Ferien das Bild dennoch aufgenommen worden sei.

300 Häuser aus Holz werden durch den Wohnungsverband Groß-Berlin bis 1. November fertiggestellt werden.

Verhaftet wurden in Passau **zwei kommunistische Kuriere, die mit Ungarn die Verbindung aufrecht erhielten.** Es sind ein Amerikaner und ein Holländer. Sie wurden nach München gebracht.

Korfantyy ist zum Vertreter Polens bei der Volksabstimmungskommission der Entente für Oberschlesien ernannt worden.

440 englische Schiffe, die gelunken oder versenkt worden waren, sind bis 1. September gehoben worden. Sie haben einen Friedenswert von 800 Millionen Mark Friedenskurs. Außerdem wurden aus dem versenkten Ozeandampfer Laurentic Goldbarren von 40 Millionen Mark geborgen.

Die Münchner Geiselmörder vor Gericht.

Vorsitzender (zum Angeklagten Seidl): Wer waren denn Ihre **Vorgesetzten. Angeklagter:** Der Egelhofer und das **Revolutionstribunal. Vorsitzender:** Es ist merkwürdig, daß das **Revolutionstribunal wiederholt** Ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet **zu beschränken versucht hat.** Es hieß aber dann immer, Sie hätten die 800 Mann im Luitpold-Gymnasium hinter sich und übten ein Schreckensregiment aus. Es scheint sich also niemand an Sie **herangetraut zu haben!** — Der Angeklagte lächelt. **Vorsitzender: Was waren Sie denn eigentlich im Luitpold-Gymnasium? Angeklagter:** Der politische Vorgesetzte. **Vorsitzender:** So, was heißt das. **Angeklagter:** Ich hatte die Genossen politisch aufzuklären, weiter nichts. **Vorsitzender:** Wie kommt es dann, daß Sie einmal eine Fuhre Wein von 5 Hektolitern, die am Gymnasium vorübergefahren wurde, einfach requirierten? **War das auch eine politische Handlung? Angeklagter:** Ich habe den Wein sofort an seinen Besitzer zurückgegeben, als ich erfuhr, um wen es sich handelte. **Vorsitzender:** Wer war denn der Besitzer des Weines? **Angeklagter:** Das weiß ich nicht mehr. **Vorsitzender:** Sehen Sie wohl! Sie haben auch einem türkischen Staatsuntertanen **aus Konstantinopel,** einem Herrn Beiser, im Park-Hotel einen **Besuch abgestattet und haben neben einigen Lebensmitteln auch sechs silberne Rasierapparate mitgehen heißen.**

War das auch eine Beschlagnahme aus politischen Gründen? Der Angeklagte schweigt. Vorsitzender: Sie hatten doch überhaupt kein Recht zu solchen Beschlagnahmungen, sondern nur der Vollzugsrat, und der hatte ausdrücklich erklärt, wer eine unberechtigte Beschlagnahme vornehme, sei ein Verräter.

Der Vorsitzende erörtert dann weiter die Zustände bei der Soldateska des Gymnasiums und stellt fest, daß der Angeklagte ein wahres Schreckensregiment ausübte. Wer ohne Erlaubnis das Gymnasium verließ, wurde erschossen. **Angeklagter:** Das stimmt nicht, denn dann hätte ich zwei Drittel der Mannschaft erschießen lassen müssen. Wenn meine Befehle pünktlich ausgeführt worden wären, wäre nicht eine Geisel erschossen worden. **Vorsitzender:** Dem steht leider entgegen, daß Sie ausdrücklich die mündliche und schriftliche Anweisung zur Ermordung der 10 Unglücklichen erteilt haben. Sie haben auch die 10 verhafteten Geiseln aus der Polizei-Direktion ins Gymnasium überführen lassen und sie dort wohl mit ihrem nahen Tode vertraut zu machen versucht.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten weiterhin vor, daß er der Braut des als Geisel verhaftet gewesenen Oberleutnants Truth erklärt habe, ihr Bräutigam werde auch erschossen werden. Und als sie sich verwahrte, daß der Angeklagte Seidl sie so erregt anbrülle, habe er ihr gedroht, er würde sie, wenn sie nicht ruhig sei, in den Keller zu den andern Geiseln bringen lassen. Als Seidl in der Polizeidirektion die Geiseln übernahm, hat er sich ebenfalls, mit dem Revolver in der Hand, den Geiseln gegenüber sehr roh benommen. Den Eisenbahnsekretär Daumenlang, der ihm seine Unschuld beteuerte,

drohte er mit sofortigem Erschießen.

Als die Gräfin Westarp ihm Einwendungen machen wollte, ging er mit vorgehaltenem Revolver auf sie zu und sagte: „Halten Sie Ihr Maul, sonst schieße ich Sie sofort nieder!"

In der Nacht zum 29. April um Mitternacht hat Seidl die Diktatoren Levien, Levine-Nissen und Axelrod in den Geiselkeller hinunter begleitet und ihnen beim Schein einer kleinen Laterne die Namen genannt, wobei man den einzelnen Geiseln ins Gesicht leuchtete. Es kommt bei den Erörterungen dieser Vorgänge nicht zur Aufklärung, was es mit der Behauptung einzelner Zeugen auf sich hat, daß die Gräfin Westarp unmittelbar danach in einen besonderen Raum gebracht worden und daß, als Seidl mit seinen Begleitern aus dem Keller herauskam, die andern in dieses Zimmer hineingingen. Unter den Truppen des Gymnasiums wurde jedenfalls das Gerücht verbreitet, daß die Gräfin damals vergewaltigt worden sei. Der Angeklagte selbst bestreitet, daß an diesen Behauptungen etwas Wahres sei. Rechtsanwalt Liebknecht versucht mehrfach in das Verhör einzugreifen, wird aber vom Vorsitzenden mit großer Entschiedenheit abgewiesen. Der Vorsitzende stellt dann weiter fest, daß ein Soldat, der sich weigerte, dem Angeklagten Seidl das Zimmer auszufegen, von dem politischen Kommandanten eine Ohrfeige erhielt. (Heiterkeit.) Der Angeklagte bestreitet das ebenfalls.

Vorsitzender: Ein weiterer Zeuge wird auslagen, daß Sie Ihren Chauffeur verhaften lassen wollten, weil er die dauernden Autofahrten und das von ihnen angegebene Tempo nicht mehr mitmachen wollte. — Seidl erklärt dazu, daß der Mann Vertrauensunlagen begangen habe.

Sehr eingehend gestaltete sich dann das Verhör über die einzelnen Verhaftungen der Geiseln. Der Angeklagte erklärt dazu, daß die Festnahmen nach Rücksprache beim Revolutionstribunal erfolgt seien. Es wird im Anschluß daran festgestellt, daß mehrere der Geiseln den Agenten des Angeklagten Gelder bis zu 20 000 Mark für ihre Befreiung angeboten hatten, daß jedoch erklärt worden sei: „Ein Prinz in unserer Hand ist jetzt ein Diamant." Die Mißhandlungen der Geiseln werden auch weiterhin als äußerst brutal und gemein bezeichnet. Besonders aber die Mitglieder der Thule-Gesellschaft wurden scharf von dem Angeklagten-Seidl herangenommen, da man von ihnen behauptet, daß sie die Gegenrevolution erstreben und antisemitische Flugblätter verteilten. Das Kellerloch, in dem die Geiseln untergebracht waren, wird in einer Zeichnung dem Gericht vorgeführt. Es war ein niedriger, finsterer Raum von nur zwei Metern Höhe, vier Metern Breite und vier Metern Länge. Der Vorsitzende bezeichnet dies als **einen Raum, wie er nicht einmal Galeerensträflingen zugemutet würde.** Dazu war der Fußboden mit Schmutz und stinkenden Lumpen bedeckt. Der Raum war ohne Licht, die Wände trieften von Feuchtigkeit. Die Posten hatten Befehl, niemand austreten zu lassen und die Geiseln sofort niederzumachen, wenn die Regierungstruppen sich anschicken sollten, auf München zu marschieren. Der Angeklagte Seidl bestreitet, daß er an diesen Anordnungen Schuld gehabt habe und schiebt alles auf den Selbstmörder Hausmann ab. Im übrigen habe ihm Levien nach der Besichtigung des Kellers erklärt, er habe schon in ganz anderen Räumen gefangen gesessen, und wenn etwa die Gegenrevolution wieder ans Ruder kommen würde, so würde man mit ihm, Levien und Seidl auch nicht besser verfahren. Bei dem Besuch im Keller habe Levien auch noch zu den Geiseln erklärt: **„Morgen kommt ihr sowieso um die Ecke. Dann ist ja doch alles vorbei."** Seidl gibt weiter an, er habe während der Auszahlung der Löhnung von Jalhofer den Befehl erhalten, 22 Geiseln zu erschießen. Daß auf der Rückseite des Zettels gestanden habe: „Suchet euch die Feinsten heraus", weiß der Angeklagte angeblich nicht. Er will es sogar als Bildsinn bezeichnet haben, Leute zu erschießen, die man nicht kenne und deren Schuld nicht festgestellt sei. Der Vorsitzende hält Seidl vor, daß er ja selbst die Leute mit ausgesucht und ihnen schon bei ihrer Festnahme den Tod in Aussicht gestellt habe. Der Angeklagte behauptet, daß Hausmann ihm den Befehl aus der Hand genommen und die Soldaten ihm erklärt hätten: **„Wenn du nicht mit der Erschießung einverstanden bist, dann schlagen wir dir mit dem Gewehrkolben den Schädel ein."** Während er noch die Lösung auszahlte, habe er bereits die Gewehrsalvenknattern hören. Er sei darauf völlig zusammengebrochen, weil er weder Schüsse noch Blut vertragen könne. Seidl bestreitet auch, daß der Prinz von Thurn und Taxis ihm noch einmal vorgeführt worden sei, und daß er nach der Erschießung noch volle Begeisterung über seine Handlungsweise gezeigt habe.

Seidl ist im Laufe seiner Vernehmung zusehends kleinlauter geworden und erklärt schließlich mit weinerlicher Stimme, daß er die ganze Sache lebhaft bedauere und daß er nichts davon wisse, daß nachher **im Luitpold-Gymnasium Wein und Sekt getrunken** worden sei.

Im Anschluß an die Vernehmung des Hauptangeklagten Seidl wird noch festgestellt, daß der Angeklagte bereits am Morgen nach der Blutnacht mit falschen Papieren und in Begleitung seiner Frau zunächst nach Oberbayern floh und dann auf Umwegen nach Leipzig, Gera und Böhmen gelangte. Als er sich sicherer fühlte, ging er nach Thüringen, wurde in Ronneburg angehalten, aber bald wieder freigelassen. Auch in Budweis in Böhmen wurde er vorübergehend verhaftet. Erst am 10. Juli gelang seine endgültige Festnahme in Schönberg. Von den erhaltenen **80 000 Mark für Löhnung** hatte der Angeklagte **nur 26 000 Mark** ausgezahlt. Ueber den Rest ist von Seidl keine Aufklärung zu erlangen. Er behauptet, auf der ganzen Flucht von seinem eigenen Gelde gelebt zu haben. Den Selbstmord seines Mitschuldigen Hausmann erklärt der Angeklagte damit, daß er ihm nach der Exekution der Geiseln zugerufen habe: **„Hausmann, das hast du zu verantworten!"**

Es wird in die Vernehmung des zweiten Hauptangeklagten Schlichhofer eingetreten. Der Angeklagte gibt Auskunft über seine verschiedenen Krankheiten, die ihn während der Kriegszeit ins Lazarett und später zu seiner beurlaubten Beurlaubung führten. Ueber seine Aufgaben im Luitpold-Gymnasium gibt er an, daß er gewissermaßen Fluruntersoffizier gewesen sei. Dann sei ihm infolge seiner Tüchtigkeit die Aufsicht über die Wachen und schließlich das Oberkommando über die ganze Mannschaft auf deren eigene Wahl übertragen worden. Er sei so dienstlich gewesen, wie er nur gekonnt habe. „Wenn ich gut bezahlt werde," erzählte Schlichhofer, „dann arbeite ich auch." Er fügt mit einer gewissen Erregung hinzu: „In dem Gymnasium waren auch eine ganze Menge Leute, die aber nicht arbeiten wollten ..." — Vorsitzender: „Sondern?" — Angeklagter: **„Plündern und stehlen wollten."**

Schlichhofer verwahrt sich dann gegen die Unterstellung, daß er irgendwie eigennützig vorgegangen sei, und bestreitet auch, daß er irgend welche Befehle zur Hinrichtung der Geiseln gegeben habe. Er habe sogar dafür gesorgt, daß einzelne Geiseln, darunter ein Regierungsdirektor, der die Auszahlung von Staatsgeldern an die Rote Armee verweigert hatte, ferner ein Rechtsanwalt und seine Frau sowie deren dreijähriges Kind, gegen das ausdrücklich ein Hofbefehl ergangen war, wieder heimgeschickt wurden. Im Anschluß an die Vernehmung gibt der Sachverständige, Professor Dr. Merkel, sein Gutachten über Schlichhofer ab, der als geistig minderwertig bezeichnet, der aber doch für sein Tun voll verantwortlich sei. Schlichhofer sei ein Alkoholiker und habe häufiger Geschlechtskrankheiten, die es überhaupt gibt mehrmals durchgemacht.

Der dritte Angeklagte Huber wurde aus dem Militärverhältnis wegen krankhafter seelischer Veranlagung entlassen. Er war dreimal wegen Widerstandes und Fahnenflucht auf der Festung. Ueber die Erschießung der Geiseln erklärt er, daß Hausmann das Kommando zum Feuern abgegeben habe. Bei der Erschießung seien meist Frontsoldaten verwendet worden. Weil habe die Namen aufgeschrieben und nach jeder Erschießung ein rotes Kreuz gemacht. Unter den Schützen waren auch ein Matrose und zwei bis drei Russen. Als der Vorsitzende ihm vorwirft, er habe der Gräfin Westarp, als sie an ihm vorbei zur Richtstätte geführt wurde, einen Tritt in den Unterleib versetzt, bestreitet er dies. Dann wird Professor Dr. Merkel über die an den zehn Geiselleichen festgestellten Wunden eingehend vernommen. Er führt aus, daß die Leichen durchschnittlich vier bis sieben Schüsse aufwiesen und erklärt dies damit, daß man auf **die Sterbenden und Toten nochmals** geschossen habe. Delke und Neuhaus als Kriegsbeschädigte wiesen an ihrem Körper eine Menge alter Narben auf, ein Zeichen, daß sie sich im Kriege durch Tapferkeit ausgezeichnet hatten. Der Gräfin Westarp war das halbe Gesicht weggerissen und das Taschentuch, das sie in ihrer Todesnot vor das Gesicht gedrückt hatte, ganz durchlöchert. Eine Vergewaltigung konnte nicht festgestellt werden.

Der nächste Angeklagte, Schreiner Kick, erklärt, daß er das Treiben im Gymnasium längst satt gehabt habe und der Zeit des Geiselmordes fort wollte. Er wußte jedoch zugeben, daß er den Zettel mit dem Todesurteil ins Gymnasium getragen und deren Unterwegs gelesen hatte, also wußte, um was es sich handelte. Der Angeklagte Riedel ist der erste, der erklärt: „Ja, ich habe mitgeschossen!" Er beschuldigt in schwerster Weise den Angeklagten Schlichhofer, der die Unterschriften für die Todesurteile **in einem fanatischen Blutrausch** zusammenholte und die einzelnen Soldaten auf den Hof hinausrief, um möglichst viel Schützen zusammenzubekommen.

Der Mittwochsverhandlung wohnte als Vertreterin der Presse auch die Münchener Kommunistin und Malerschönheit Lili Kramer bei, deren Name wiederholt im Laufe des Verhörs genannt wurde, da sie in der fraglichen Zeit viel im Gymnasium aus- und einging. Der Vorsitzende bezeichnete sie ostentativ als „Frauenzimmer".

Von besonderem Interesse war heute die Vernehmung des 24jährigen Artisten Bernhard Heftelmann. Auch er ist, wie die meisten übrigen Angeklagten, nicht im Felde gewesen, hat aber während seiner Tätigkeit im Gymnasium stets Uniform getragen und war dort der Bekleidungskammer zugeteilt. Er mußte die neuen Rotgardisten einkleiden helfen.

Vorsitzender: Sie unterhielten damals ein Verhältnis zu einem Fräulein Kurt, und dieses Mädchen soll auch in das Gymnasium eingeschmuggelt worden sein. **Angeklagter:** Sie wurde als Krankenschwester engagiert. **Vorsitzender:** Ist sie nicht schließlich auch in die Bekleidungskammer gekommen, denn mit der Krankenpflege war das wohl so eine Sache? (Heiterkeit.) **Angeklagter:** Ja. **Vorsitzender:** Die Herrlichkeit soll aber nicht lange gedauert haben. Denn bereits am vierten Tage soll ein Militärarzt Rump sie zu vergewaltigen versucht haben. Er ist dann verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, hat die Strafe wegen aber auch nicht abzusitzen brauchen bei den gesetzlichen Bestimmungen, die im Gymnasium herrschten. **Angeklagter:** Es war nicht der Militärarzt, sondern sein Sohn. **Vorsitzender:** Haben Sie ihr die Heirat versprochen? Ich frage nur aus einem besonderen Grunde danach. Sie standen sich damals mit ihrer Frau nicht gut, weil sie „neben hinausging". **Angeklagter:** Ja. **Vorsitzender:** Sie sollen sich nun der Kurt gegenüber als ledig angegeben haben. Der Angeklagte bestreitet dies. **Vorsitzender:** Außerdem sollen sie am vierten Tage Ihrer Anwesenheit im Gymnasium einmal das ganze Bekleidungsamt zugesperrt haben, weil die ganze Mannschaft gestohlen hatte und deswegen eingelocht worden war. **Angeklagter:** Ja, es sind eine ganze Menge Sachen fortgeschleppt worden. **Vorsitzender:** Aber in der Gerichtsverhandlung wurden alle Beteiligten freigesprochen. **Angeklagter:** Das ist richtig. **Vorsitzender:** So wurden also lauter Diebe bestraft. (Heiterkeit.) **Angeklagter:** Jawohl, ich bin damals gleich zu Seidl gelaufen und habe ihm gesagt, unter solchen Umständen kann ich nicht mehr mittun. Seidl erwiderte mir: „Du bist ja verückt" und schickte mich wieder hinunter.

Vorsitzender: Wer hatte nach Ihrem Eindruck die Ober-

Psyche.

Novelle von Theodor Storm.

(Schluß.)

Sie wies mit scheuem Finger auf die Marmorgruppe und barg zugleich den Kopf an seiner Brust. „Das da," sagte sie, „Sie sprachen davon, daß es das Lieblichste von allem sei." — Und laut hörbar, so daß er sich tief zu ihrem Munde neigte, setzte sie hinzu: „Ich mußte es allein sehen, eh die anderen mit mir kamen. Mich trieb eine Angst — — nein, frag' mich nicht! Ich weiß nicht, was! Aber hier hab' ich mich sehr gefürchtet."

„Welche anderen?" fragte er.

„Die mit mir hier sind: mein Oheim und meine Mutter. Ich war mit ihnen oben in den Gemäldesälen; ganz heimlich bin ich ihnen fortgelaufen."

Dann plötzlich schoß es wie ein Blitz des alten Uebermutes über das ein wenig blasse Antlitz. „Aber", rief sie, „wie heißt du denn? Mein Gott, ich weiß nicht einmal deinen Namen!"

„Ja, rat einmal!"

Sie schüttelte das Köpfchen, daß die blonden Haare ihr in die Stirn fielen. „Nein, rate du zuerst!"

„Ich? Was soll ich raten?"

„Was du raten sollst? Als ob ich keinen Namen hätte!"

„Aber den kenne ich ja längst!" Er strich das seidene Haar ihrvonder Stirn. „Sieh nur hin! Das bist du ja! Und glaub' es nur, ich habe jeden Tag zu dir gesprochen in all der langen, langen Zeit."

Von dunkelm Purpur übergossen, schlang sie die Hände um seinen Hals und ließ ihn tief in ihre Augen blicken. „Oh, welch ein Glück, daß du der Künstler bist!"

Mit beiden Armen umfaßte er die Geliebte und küßte zum erstenmal den jungfräulichen Mund. — Dann aber flüsterten sie sich ihre Namen zu, ganz leise, als seien es Geheimnisse, die selbst die feinernen Gestalten um sie her nicht wissen dürften; und als sie seinen Namen hörte, rief sie: „Oh, wie schön! Du konntest gar nicht anders heißen!" Er aber blickte ganz träumerisch auf sie nieder; er konnte es nicht verstehen, daß sie „Maria" heiße.

Sie lachte, als er ihr das sagte, und flüsterte ihm zu: „Die alte Bürgermeisterin sagt es auch, ich sei verkehrt getauft."

„Getauft!" wiederholte er fast staunend. „Wie seltsam doch, daß du getauft bist!"

Einen Augenblick sah sie ihn fragend an; dann, wie zwei glückliche Kinder, lachten beide miteinander.

Aber sie waren hier nicht mehr allein. Vom Eingange her nahten sich Schritte, und im mittleren Saale wurde eine noch immer schöne Frau am Arme eines älteren Mannes sichtbar.

„Dein Töchterchen", sagte dieser, nicht ohne einen Ausdruck von Belorgnis, „scheint doch nicht hier zu sein."

Die Frau an seinem Arme lächelte. „Du mußt dich schon daran gewöhnen, daß sie ihre eigenen Wege geht; sie wird wohl oben noch von irgendeinem Bild gefangen sein. Aber die geretzte Psyche, wo ist denn die."

Sie erhielt keine Antwort; denn in demselben Augenblick hing auch das Kind an ihrem Halse. „Hier ist sie, Mutter; deine Tochter ist es! Oh, seid beide gut und freundlich!" Die jungen Augen glänzten; über die geöffneten Lippen ging schwer der Atem aus und ein.

„Mein Kind, mein liebes Kind!"

Die Mutter wollte sie beruhigen; aber schon hatte sie in freudiger Hast beide Hände ergriffen und zog sie über die Schwelle in den letzten Saal, wo der Geliebte in stummer Erwartung neben seinem Werke stand.

*

Daheim in der Werkstatt des Künstlers ging derweile zwischen den Statuen und Modellen eine kleine alte Frau umher. Sie schien so recht nicht etwas vorzuhaben, trotz des Staubtuches in ihrer Hand, mit dem sie hie und da an den umherstehenden Dingen sich zu tun machte. Endlich hatte sie sich in den Sessel neben der Modellierscheibe niedergelassen, ein stiller Seufzer ging über ihre Lippen, ein Seufzer, daß doch die großen Kinder, ja, auch die allerbesten, sich von dem Mutterherzen lösten. Sinnend blickte sie auf die leere Stelle, die noch vor kurzem das letzte Werk ihres Sohnes eingenommen hatte.

Da wurden Schritte und Stimmen auf dem Hausflur laut, und noch bevor sie aus ihren schweren Gedanken sich emporgearbeitet hatte, waren durch die geöffnete Tür zwei Paare zu ihr eingetreten. Das ältere war ihr gänzlich unbekannt, aber hinter diesem der junge Mann, an dessen Arm das schöne Mädchen hing — so konnten ihre alten Augen sie nicht trügen — das war denn doch ihr Sohn!

Voll Verwirrung war sie aufgestanden; aber schon hatten die jungen schönen Menschen sich ihr genähert und ihre Hand gefaßt „Mutter," sagte der Sohn, „hier hab' du mein Geheimnis! Dies Kind behauptet zwar, daß sie Maria heiße; aber du siehst ja wohl, daß es die Psyche ist, die lebendig, meine Psyche, durch die nun ich und meine Werke leben werden!" Und sich freudig aufrichtend und drüben seinem unvollendeten Werke zunickend, setzte er hinzu: „Auch dich, Walküre, wird sie aus deinem Bann erlösen!"

Die alte Frau aber hielt jetzt die Psyche an ihren beiden kleinen Händen; sie betrachtete sie aufmerksam, ja fast mit Staunen; aber immer inniger wurde dieser Blick, bis dann das ganz erschütterte Kind in ihren mütterlichen Armen lag.

Der junge Künstler stand wie träumend, das Haupt geneigt; ihm war, als höre er in weiter Ferne das Wellenrauschen der Nordsee. Und auch die Geliebte schien er mit sich dahingezogen zu haben; denn aus ihren Tränen wandte sie plötzlich den Kopf zu ihm empor und sagte: „Aber du, die alte Bade-Katji muß doch mit zu unserer Hochzeit!"

Da löste sich die Stille in ein heiteres Lächeln des Glückes; ganz vernehmlich blies der Faun auf seiner Flöte, und am Himmel draußen stand in vollem Glanz die Sonne, noch immer die Sonne Homers, und beleuchtete wieder einmal ein junges aufblühendes Menschenschicksal.

Am andern Morgen aber flog mit dem ersten Bahnzuge, der nach Norden ging, ein kurzer jubelnder Brief nach der alten Stadt an der Meeresküste.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190905-15/fragment/page=0003

leitung im Gymnasium? Angeklagter: Der Seidl! Auch Haußmann unterstellte sich ihm freiwillig. Vorsitzender: Sie sollen auch als Adjutant tätig gewesen sein, sollen Befehle zwischen dem Kriegsministerium und dem Gymnasium hin und her getragen haben. Angeklagter: Nein, dafür hätte ich mich bedankt. Vorsitzender: Was für eine Atmosphäre herrschte denn nun eigentlich im Gymnasium? Angeklagter: Sie war sehr unangenehm. Man hörte von nichts anderem als Erschießen, Erschießen, Erschießen! Vorsitzender: Wer war denn da in der Hauptsache beteiligt? Angeklagter: Der Seidl. Vorsitzender: In der Voruntersuchung haben Sie auch angegeben, Seidl hätte sich der gemeinsten Ausdrücke bedient. Angeklagter: Ja, das stimmt. Was im Gymnasium ein und aus ging, war kurz gesagt Pöbel. Vorsitzender: Sie haben einmal erklärt, wenn Sie sich ordentlich über Seidl aussprechen wollten, müßten Sie ein ganzes Buch schreiben. Jetzt haben Sie Gelegenheit zu sprechen, Seidl ist da.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Vier Zigarren. — 100 Gramm Tabak.

In Ausführung unserer Bekanntmachung vom 14. August 1919 wird mit dem Verkauf der dem hiesigen Kommunalverband zugewiesenen Tabakwaren am Sonnabend, den 6. September, begonnen. Zur Verteilung kommen auf Abschnitt 1 der zur Ausgabe gelangten Tabakkarte vier Zigarren, auf Abschnitt 2 ein Paket = 100 Gramm Tabak. Jeder Haushalt ist verpflichtet, dort einzukaufen, wo er sich z. Zt. als Kunde angemeldet hat. Die Preise für Zigarren betragen 30, 35 und 45 Pfg. für das Stück und sind auf den Kisten vermerkt. Die Zuteilung der einzelnen Qualitäten ist Sache des Verkäufers. Der Preis für ein Paket Tabak, das mit dem Stempel: „Städtischer Tabak" versehen sein muß, beträgt 1,00 Mk. Die Abschnitte sind zu sammeln und zu 100 Stück gebündelt bei der Firma C. Georg, Ludwig-Wucherer-Straße 42, spätestens 8 Tage nach dem Verkauf abzugeben. Der Verkauf der weiter zur Verteilung kommenden Tabakwaren wird später bekanntgegeben. Die Bezugskarten sind also unbedingt aufzuheben und werden bei Verlust nicht ersetzt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Verkaufsstellen anhand der von ihnen abgelieferten Abschnitte genau die abgegebene Menge nachweisen müssen. Die Restbestände werden unter allen Umständen zurückgefordert. Widerrechtlicher Verkauf ohne Marken oder Abgabe über die bestimmte Menge hinaus wird mit den festgesetzten Konventionalstrafen geahndet.

Halle, den 5. September 1919. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Wir machen darauf aufmerksam, daß am Sonnabend, den 6. September, außer Preßkopf auch Rot- und Leberwurst zum Verkauf gelangt. Der Preis für 50 Gramm Wurst beträgt 24 Pfg.

Versorgung mit Lebensmitteln. In der Woche vom 8. bis 14. September können auf die Marke 63 der blauen Kartoffelkarte 6 Pfund Kartoffeln gekauft werden. Der Preis für das Pfund beträgt 12 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Montag, den 8. bis einschließlich Donnerstag, den 11. September. Eine Nachbelieferung von Kartoffeln am Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Freitag abzuliefern. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person des Haushalts ½ Pfund Grieß, ¼ Pfund Kunsthonig und ¼ Pfund Haferflocken. Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachung noch näher geregelt werden.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 6. September, auf den Abschnitt 15 der eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Schenkling, Forsterstr. 38 und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Beesener Str. 1, in letzterer nur vormittags von 8—12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ein halbes Pfund beträgt 70 Pfg. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Dienstag, den 9. September, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Vollmilchpulver (Fortsetzung der 3. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Sonnabend, den 6. August 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 31 001 bis 38 000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund zum Preise von 2,30 für das Viertelpfund abgegeben. Das Vollmilchpulver eignet sich ganz besonders zur Zubereitung von Speisen, weniger zur Kaffee-Milch. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Sacharin. In Ergänzung unserer Bekanntmachung über den Verkauf von Sacharin vom 28. August 1919, weisen wir darauf hin, daß die Frist für die Einreichung der Abschnitte 366 der Warenbezugsscheine 24 noch um 14 Tage verlängert wird.

Grieß. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Grieß am Sonnabend, den 6. und am Montag, den 8. September, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Walhalla-Operettentheater.
Täglich 7½ Uhr.
Drei alte Schachteln.
Sonntag ½4 Uhr:
Drei alte Schachteln.
Kl. Pr. Kinder halbe Pr.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 6. Sept.
Anfg. 7½. Ed. 10½ Uhr:
Einsame Menschen.
Drama von Gerhart Hauptmann.
Sonntag, abds. 6 Uhr:
Götterdämmerung.

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 7. September 19. abends 7½ Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank von Franz u. Paul Schönthan.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags **10** Uhr.

Bad Wittekind.
Heute Freitag, abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36
als
Ehrenabend
f. Kapellmstr. O. Haupt.

Kakao
gar. rein vorzügl. Qualität
1 Pfund 12.— Mark.
Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Saalspritzwachs, Saalwachspulver Bohnerwachs, Fussbodenöl, Stahlspähne
empfiehlt zu äussersten Preisen
Max Ott,
Steinweg 26.

Felle aller Art
erzielen immer nur bei uns die
höchsten Preise!
Den Händlergewinn verdient selbst, wer alle Felle abliefert an unsere
Sammelstellen
kenntlich in der ganzen Provinz durch unsere Firmenschilder oder an die Geschäftsstelle der
Fellverwertung Sachsen-Anhalt,
e.G.m.b.H., Halle(S.), Henriettenstr.31. Fernr. 5269.
Kleintierhalter, Jäger, Aufkäufer
verlangt noch heute unsere Drucksachen!

Möbel-Fabrik und Magazin
H. Bergmann
Inh. A. Ebeling,
Halle a.S., Fleischerstr. 30/31,
empfiehlt gute und preiswerte
Küchen- u. Schlafzimmer-Einrichtungen
in allen Farben,
große Auswahl, sowie Wohnzimmer, Speise- und Herrenzimmer,
einzelne Möbel, Schränke und Vertikos.

U.T
Leipzigerstrasse Nr. 88
Fernruf Nr. 1224
Der Hoteldieb mit der vierten Hand!
Eine seltsame Begebenheit in 5 Akten In der Hauptrolle: Jack, der Wunderaffe. Staunenswerter Dressurakt, wie er bis jetzt vom grössten Zirkus nicht annähernd erreicht wurde.
Vorführung: 4.50 7.00 9.20
Der lustige Ehemann.
Pikantes Lustspiel in 3 Akten. Hauptrolle: Viktor Jansen.
Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade Nr. 1a
Fernruf Nr. 5788
Der Teufel
Ein infernalisches Spiel in 5 spannenden Akten.
In der Hauptrolle Leopold Kramer.
Vorführung; 4.50 7.00 9.20
Peukert Petri Paulmüller
in
Bis früh um fünfe
Lustspiel in 3 Akten.
Beginn 4 Uhr.

Hippodrom Wintergarten.
Direktion: Georg Arndt.
Morgen Sonnabend abend von 7 Uhr ab
Tanzabend.
Tägl. Reitsportfest
b. günst. Wetter i. Garten.

Apollo-Theater
Gastspiel Kurt Olfers Operetten-Gesellschaft.
Täglich abends 8 Uhr:
In glänzender Ausstattung:
„Der lachende Ehemann".
Operette v. E. Eysler.
Ottokar H. Feiner a. G.
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Hundeflöhe
tötet man sofort mit
„Juckfin"
Man staubt ein u. in 1 Minute sind die Flöhe tot, nicht nur betäubt.
„Eiverge", E. G. m. b. H.
Halle a. S., Gr. Märkerstr. 5

Möbel
Schlafzimmer, Speisezimmer, komplette Küchen,
sowie verschied. gebrauchte
Möbel,
Bettstellen mit Drell-Matratzen, Plüsch- u. Stoff-Sofa, Chaiselongue
billigst im
Möbelhaus
Teicher,
unt. Gr. Steinstr. 82, I.

Möbel
auf
Teilzahlung.
Große Auswahl. Auch nach auswärts.
N. Fuchs,
Möbelspezialgeschäft,
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 53, I., II., III. Etg.

Alte Sozialdemokratische Partei,
Ortsverein Weißenfels.
Sonntag, den 7. September 1919 nachm. 3 Uhr
in sämtlichen Räumen des **„Schützenhauses"**
Großes Sommerfest
bestehend aus Konzert, ausgeführt vom Städt. Orchester, Festrede Tanz, Kinderbelustigung mit Lampionumzug. Unsere Mitglieder, Freunde und Gönner der Partei sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Reparatur-Werkstätten für elektr. Maschinen u. Apparate.
Ankerwickelungen Kollektorenbau.
Kurze Lieferfristen. — Mässige Preise —
Rast.
A177 5 **Geiststr. 28.**

Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Gr. Ulrichstr. 27

Zu Ferdinand Lassalles 55. Todestag
empfehlen wir
Ferdinand Lassalles Schriften

Ueber Verfassungswesen. Drei Abhandlungen. Verfassungswesen. — Was nun? — Macht und Recht. Mk. 1,—
Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Mk. 1,50
Meine Assisenrede, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die Königl. Gewalt aufgereizt zu haben. Mk. 1,50
Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Mk. 1,20
Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. Eine Verteidigungsrede vor dem Kgl. Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Mk. 2,25
Der Lassallesche Kriminalprozeß. II. u. III. Zweites Heft: Die mündliche Verhandlung nach dem stenographischen Bericht. Drittes Heft. Das Urteil erster Instanz mit kritischen Randnoten zum Zwecke der Appellations-Rechtfertigung bearbeitet. Mk. —,75
Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig. Mit diesem Schreiben eröffnete Lassalle die Agitation zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei; er widerlegt darin hauptsächlich die Schulze-Delitzsche Konsumvereins- und Genossenschaftstheorie. Mk. 1,50
An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allg. Deutschen Arbeitervereins. Mk. —,40
Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf. Mk. —,40
Der Hochverratsprozeß wider Ferd. Lassalle vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin am 12. März 1864. Nach dem stenographischen Bericht. Mk. —,60
Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Ronsdorf am 22. Mai 1864. Mk. —,40
Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker. Die Anmerkungen des „Setzerweibes" in dieser literarischen Hinrichtung des bürgerlichen Modeliteraten entstammen bekanntlich der Feder des späteren „Exzellenz" Lothar Bucher! Mk. 1,20
Herr Bastiat-Schulze v. Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit. Lassalles ökonomisches Hauptwerk, das in populärster Darstellung die wirtschaftlichen Grundanschauungen der bürgerlichen Oekonomen widerlegt. Mk. 3,—
Franz von Sickingen. Historisches Drama. — Gotthold Ephraim Lessing vom kulturhistorischen Standpunkt. — Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes. — Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart. Ein Sammelband. Gebunden Mk. 4.—
Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos. Nach einer neuen Sammlung seiner Bruchstücke und der Zeugnisse der Alten dargestellt. 4 Bände in 2 Bände gebund. Mk. 10.—
Intime Briefe Ferdinand Lassalles an Eltern und Geschwister. Herausgegeben von Ed. Bernstein. Mk. 5,—
Porträt Lassalles. Kupferradierung auf Chinapapier Mk. 5,— Größe 65 : 85 cm. Remarkdruck auf Japanpapier Mk. 10,—
Jugendbildnis Lassalles in farbigem Lichtdruck nach einem Pastellgemälde. Bildgröße 17 : 22 cm Mk. 5,—
Lassalle-Büste. Größe 2 Mk. 25.—; Größe 3 Mk. 20.—; Größe 4 Mk. 5.—
Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Von Ed. Bernstein. Mit einem Lichtdruckbild Lassalles. Mk. 3,—

Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Konsumverein für Weissenfels-Naumburg und Umgeg. e. G. m. b. H.
Wir werden auch dieses Jahr in der Lage sein unseren Weissenfelsern Mitgliedern ihren Kartoffelbedarf liefern zu können. Wer von uns beliefert sein will, (es handelt sich um den Gesamtbezug der Kartoffeln zum Selbsteinkellern) den ersuchen wir, sich baldmöglichst in die in unseren Weissenfelser Verkaufsstellen ausgelegten
Kartoffellisten
eintragen zu lassen. 5990
Die Kartoffelkarte muss beim Eintragen vorgelegt werden. **Der Vorstand.**

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus.
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstrasse 41.
Preisliste gratis.

Max Schultze
Moritzzwinger Nr. 3
empfiehlt heute daseiend:
Neue Holländer Heringe 65
Seit Jahren wieder die erste fette Ware, Stck.

Neu eingetroffen:
Auslandsware!
Stoffe z. Damen-Kostümen u. Herren-Anzügen 2c.
in nur guten Qualitäten werden preiswert meterweise abgegeben und nach Maß angefertigt
Moritz Rosenthal,
Leipzigerstraße 1.

Damenstrümpfe Baumwolle mit Doppelsohle, braun . . Paar **10.00**
Damenstrümpfe Baumwolle mit Doppelsohle, schwarz . Paar **10.50**
Damen-Florstrümpfe in leder, grau, beige und weiss . . . Paar **12.50**
Damen-Florstrümpfe schwarz . . . . Paar **12.50**
Damenstrümpfe Wolle mit Doppelsohle, schwarz . . . Paar **14.50**
Herrensocken, Kinderstrümpfe, Kindersöckchen
in
grosser Auswahl.
Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstrasse 22-23.

Bekanntmachung.

Die zum Betriebe der Gastwirtschaft auf dem hiesigen städtischen Schlacht- u. Viehhofe bestimmten Räumlichkeiten sollen auf 6 Jahre vom 1. Oktober 1919 ab vermietet werden. Es wird ersucht, Gebote bis zum Eröffnungstermine am

Donnerstag, den 11. September 1919, vormittags 11 Uhr,

in versiegeltem Umschlage mit der Aufschrift „Verpachtung der Gastwirtschaft" an die unterzeichnete Verwaltung einzureichen, bei welcher auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Halle, den 4. September 1919.
Verwaltung des städtischen Schlacht- und Viehhofes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190905-15/fragment/page=0004

Der Arbeiterführer „à la Nietzsche“.

Man soll auch in dieser ernsten Zeit nicht zum Asketen werden, so dachte auch unser Gewerkschaftskartell, als es für seine Mitglieder in dem am östlichen Rande des Braunkohlenreviers gelegenen Industriedorf Z. ein Sommerfest veranstaltete.

Und so gedachte auch ich mich für einige Sonntagsstunden freizumachen von dem Einerlei des Berufes, den Sorgen als „Stadtvater“ und den mancherlei anderen Pöstchen, die einem in Partei und Gewerkschaft auch des Sonntags in Anspruch nehmen. Mit Frau und Kindern wanderte ich in dem Zuge mit, der aus unserem Städtchen mit Pauken und Trompeten dem schon von weitem mit seinen rauchenden und aschestreuenden Festort zuzog.

Mit sehr viel Mühe und Fleiß hatte der Festausschuß allerlei Kurzweil für die Jugend auf dem am Walde gelegenem Festplatz geschaffen: Kranz- und Taubenstechen für die Mädchen, Armbrustschießen und Stangenklettern für die Knaben. Eifrigst turnten diese die Stangen hinauf, barfüßig und barhäuptig. Vor allem verschwanden natürlich dort oben zuerst die markenfreien Würstchen, ehe die anderen Sachen ihre Liebhaber fanden.

Im Garten genehmigten wir nach dem Marsch in der Sonnenhitze einige Glas „Alkoholfreies“ bei den Klängen der Musikkapelle und den Darbietungen eines Gesangvereins. Ich freute mich schon, daß der Tag so in harmloser Freude verlief, aber o weh! Der Mensch denkt und Gott, pardon! das Schicksal lenkt.

Von einem guten Bekannten, einem eifrigen U. S. P.-Mann, wurde ich samt Familie zum Kaffee eingeladen (nebenbei bemerkt sind die meisten der U. S. P.-Leute im persönlichen Verkehr genau so harmlos wie wir „von der Regierung“, der „revolutionäre Geist“ wird ihnen nur suggeriert von den Resolutionen in ihren Versammlungen und unseren lieben Zeitgenossen am Halleschen Harz. Dort wurden mir zwei Herren vorgestellt, die im Laufe des sich entwickelnden Gesprächs sich als Spreeathener zu erkennen gaben.

Und nun nahte das Unheil.

Ich erwähnte, daß ich vor mehr als einem Jahrzehnt auch in Berlin im „Vorwärts“ gearbeitet hätte, wobei mein Nebenmann die Bemerkung fallen ließ, daß dieser den Arbeitern geraubt worden sei.

„Erlauben Sie“, warf ich ein, „wir haben ihn doch jetzt wieder.“

Die verdutzten Gesichter der beiden Berliner bemerkend, setzte ich hinzu: „Ich bin nämlich Mehrheitssozialist.“

Jetzt öffneten sich aber die Schleusen der Beredsamkeit bei den beiden Fremdlingen, die sich als stramme U. S. P.-Strategen Däumigscher Richtung entpuppten.

Ich kam zuerst gar nicht zu Worte, knapp hatte ich es ergriffen, so wurde es mir wieder entrissen. Erst ging es selbstverständlich der „sozialdemokratischen“ Regierung an den Kragen; an persönlichen Erlebnissen mit Noske z. B. wurde darzutun versucht, daß er absolut nichts zu bestimmen habe (in U. S. P.-Zeitungen liest man aber immer, er sei an allem schuld!) usw.

Meine schüchternen Verteidigungsversuche wurden mit nonchalanter Handbewegung ad acta gelegt.

Nachdem dieses Thema erledigt war, kam die Sozialisierung daran. Hier kam ich nun etwas mehr zu Wort, denn dies war ein Gebiet, auf dem sie nicht allzu sicher waren. Ich zeigte an Beispielen, daß bei kleineren und kleinsten Gemeinden die Selbstbewirtschaftung doch nicht so ohne weiteres vor sich gehen könne wie z. B. in Berlin mit seinen großen Gütern, sondern bei uns müßte die pachtweise Vergebung vorzugsweise an kleine Leute der Rentabilität halber vorgezogen werden.

Als letztes Thema nahmen wir die Frage der Betriebsräte vor. Und hier war der jüngere der beiden Berliner in seinem Element. Was hier dieser noch nicht 30 jährige Mann verzapfte, hatte mit Wirtschaftsdemokratie nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Betriebsrats-Obmann lebenswichtiger kommunaler Werke gab er sich zu erkennen, und als solcher sitzt er in einem städtischen Büro, „beim Oberbürgermeister“, wie er besonders betonte.

Die Ausführungen dieses Mannes zeigten mir wieder einmal so recht klar, was wir schon längst wußten, daß auf dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung so viele, leider ach viel zu viele, sich nur deshalb durch Phrasenreichtum, Wortathletik und radikales Geschimpfe zu Betriebskontorsesseln und „Bonzenstellen“ aufschwingen, weil sie auch einmal „etwas zu sagen haben“ wollen, auch einmal mit Hilfe von guten Freunden Hunderte und Tausende von Arbeitern an der Strippe tanzen lassen wollen, ob zu derem Gedeih oder Verderb, das ist ihnen gleichgültig, wenn sie nur ihren Machtgelüsten frönen können. Aufgeblasene Nullen, die sich als Nietzsches Herrenmenschen in Reinkultur dünken, sind es, die sich auf den Schultern denkfauler und von radikalen Phrasen verblendeter Arbeiter ihren Thron errichten.

Man glaubt irgendeinen Unternehmer oder Generaldirektor sprechen zu hören, wenn der „Herr Betriebsrat“ von „seinen“ Werken sprach, von „seinem“ Büro, in dem er „seinem“ Büropersonal seine Anweisungen erteilte usw.

Ich wurde da an einen Vorfall von vor etwa 15 Jahren mit dem Genossen Ledebour erinnert. In unserer Kreisstadt B. sollte derselbe einen Vortrag halten. Zu seiner Ankunft hatte er sich einen Boten vom Parteiverein an die Bahn bestellt. Alles war der Meinung, daß Gen. L. solch großen Packen Agitationsmaterial mitbringen würde, daß er ihn allein nicht tragen könne. Statt dessen erhielt der betreffende Genosse nur die bekannte schwarze Aktenmappe zum Tragen, während der „Herr Parteigenosse“ leer nebenher ging. Wahrscheinlich hielt er es nicht für standesgemäß, mit der Aktenmappe herumzulaufen. Wozu sind denn die Proleten da?

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung wand sich dann der Nietzschejünger von der radikalen Sparte die Dornenkrone des politischen Märtyrers ums Haupt.

„Mein Bote meldete mir zwei Herren, die im Vorzimmer waren und mich um eine Unterredung ersuchten“, so begann er mir den betreffenden Vorfall zu schildern. Es waren zwei Offiziere in Zivil, die ihn verhafteten und zur Vernehmung einem Rittmeister vorführten, der ihn über seine Stellung zur Regierung usw. ausfragte. Nach fünf Minuten war die Märtyrerrolle ausgespielt.

Die Frauen mahnten schon zum Aufbruch nach dem Festplatz, als mir noch unvermittelt die Frage vorgelegt wurde: „Halten Sie für die Arbeiter eine Führung für notwendig?“

Ich mußte diese Frage bejahen. Aber die Zeit war zu kurz, um ihm die Unterschiede klarzumachen, die zwischen uns als Anhängern der Demokratie und den Anhängern der Rätediktatur bestehen. Dort die Herrschaft einiger weniger Wortathleten, bei allen großen Aktionen Ausschaltung derjenigen, in deren Interesse dieselben betrieben werden sollen (in Leipzig war z. B. ein Viermänner-Kollegium mit Heyer jun. an der Spitze mit diktatorischer Gewalt bei der Inszenierung der Revolution Nr. 2 vorgesehen worden), während unter der Herrschaft der Demokratie bei uns jeder im Rahmen der Gesamtheit mitbestimmen soll. Wir wollen unsere Führerrolle dort, wo wir durch das Vertrauen der Genossen oder der Arbeiter an irgendeine Stelle gestellt sind, unsere Tätigkeit nur ausüben als Primus inter pares (der Erste unter Gleichen); wir wollen als Führer dem Arbeiter die Wege vorwärts und aufwärts weisen und ihm zeigen, wie er der Schwierigkeiten Herr werden kann, die ihm auf diesen Wegen begegnen. Wir wollen den Proleten mit geistigem Rüstzeug versehen und ihm diese Waffen gebrauchen lernen, damit er in den Nöten der Jetztzeit und bei der Lösung der Aufgaben der Zukunft den freigewählten Führern in klarer Erkenntnis der Dinge und ihrer logischen Entwicklung folgt. Wer in diesem Sinn seine Führerrolle auffaßt, unterzieht sich zwar mühsamer, aber doch hoher und herrlicher Aufgaben. Nicht aber wollen wir unsere Führerrolle so verstehen, daß wir als Leithammel blindwütig der dummen Schafherde voranstürmen, bei welchem Beginnen dieser logischerweise Hals und Beine brechen muß.

Eine Frage habe ich aber meinerseits dem Herrn Betriebsrat vorzulegen vergessen: „In was unterscheidet sich ein „mehrheitssozialistischer Partei- und Gewerkschaftsbonze“ von einem spartakistisch-unabhängigen Betriebsratsmitglied mit seinem Büro und Büropersonal, seinem Tippfräulein, seinem Boten, der immer erst die Personen anmelden muß, die im Vorzimmer warten, seinem Auto usw.?“

Ich hege die kühne Hoffnung, daß diese Zeilen auch einem U. S. P.-Betriebsrat-„Bonzen“ vors Auge kommen und daß dieser dann die Unterschiede aufzeigen wird, die zwischen einem Gewerkschaftsbonzen und einem Betriebsratsmitglied bestehen.

Auch ich finde einen Unterschied heraus, aber zu meiner Schande muß ich gestehen, daß meine revolutionären Sinne durch meine demokratische Ueberzeugung derart verkleistert worden sind, daß ich mich bei Beantwortung der Frage wohl in diametralem Gegensatze zu einem waschechten Unabhängigen befinden werde.

G. M.

Halle und Saalkreis.

Halle, 5. September 1919.

Höchstpreise für Braunkohlenbriketts.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 wird folgendes bestimmt:

1. Nach Anhören der Preisprüfungsstelle werden die Höchstpreise für die Braunkohlenbriketts ab 1. September 1919 gültig wie folgt festgesetzt:

Für Verbraucher:

a) bei fuhrenweiser Anfuhr frei Keller geschüttet: 5—9 Zentner 4,10 Mk., für 10—19 Zentner 3,90 Mk., für 20—29 Ztr. 3,80 Mk., für 30 und mehr Zentner 3,70 Mk., für Lieferungen nach Cröllwitz und Trotha 10 Pfg. mehr, gesetzte Briketts ebenfalls 10 Pfg. mehr für den Zentner;

b) beim zentnerweisen Einkauf im Kleinhandel 4 Mk. für den Zentner;;

c) bei Selbstabholung vom Großhändler, die ab Waggon (Lager mit Gleisanschluß) verkaufen, 3,50 Mk.;

d) bei Abholung von der Grube durch einen Groß- oder Kleinhändler (Landabsatz) 5—9 Zentner 5 Mk., 10—19 Zentner 4,70 Mk., 20—29 Zentner 4,60 Mk., 30 und mehr 4,45 Mk.

Die Preise für Landabsatzkohle sind den Empfängern besonders mitzuteilen, die Lieferung hat erst nach Einverständniserklärung zu erfolgen.

2. Dieselben Preise gelten bei gleicher Art der Lieferung für 50 Stück Naßpreßsteine (gleichwertig einem Zentner Briketts). Naßpreßsteine, die frei Keller nicht geschüttet, sondern gesetzt werden, 10 Pfg. für 50 Stück mehr.

3. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark geahndet.

Halle, den 3. September 1919. **Ortskohlenstelle.**

* **Höchstpreise für Zwiebeln im Großhandel.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ einen Erzeugerhöchstpreis von 11 M. je Zentner für lose Zwiebeln mit Wirkung vom 5. September 1919 ab, womit die den alten Lieferungsvertragspreis wieder herstellt, der kürzlich herabgesetzt worden war. Diese Preiserhöhung ist geboten, weil sich herausgestellt hat, daß die Ernteschätzungen von Anfang August nicht mehr maßgebend sein können, da infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse während der letzten Wochen der Ernteertrag sehr zurückgegangen ist.

* **Sozialistische Studentengruppe.** Wir machen auf unsere in Verbindung mit dem Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells am 8. September beginnenden politischen Leseabende aufmerksam. Vortragsfolge: Engels, Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben. Einschreibegebühren 1,50 M., sonst kostenfrei. Anmeldungen an unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 11, III, auch schriftlich, Wochentags 2—4 Uhr nachm.

Der Arbeitsausschuß.

* **Die Jugendhilfe** hielt gestern nach einer längeren Sommerpause wieder ihre erste Helferversammlung ab, die nun wieder regelmäßig stattfinden sollen, und zwar — wie beschlossen wurde — alle 3 Wochen. Es wurde berichtet über die mit dem Jugendamt getroffenen Vereinbarungen zwecks Abgrenzung der beiderseitigen Arbeitsgebiete, um ein ungestörtes Zusammenarbeiten herbeizuführen, und über das neugegründete Stadtschweiternamt und und dessen Beziehungen zur Arbeit der Jugendhilfe. Daran schloß sich ein Vortrag über den bedingten Strafaufschub, seine bisherigen überaus günstigen Erfolge und seine zukünftige Ausgestaltung. Es wurde eine Eingabe an das Gericht bezüglich der Schutzaufsicht beschlossen. Die Jugendhilfe wirbt weiter um neue Mitarbeiter, die sie dringend benötigt und bittet um regelmäßigen Besuch dieser Helferversammlung, die durch Besprechung der einschlägigen Fragen für die Mitarbeit anregen und schulen sollen.

* **Der Hallesche Beamtenausschuß** hielt am Sonnabend eine stark besuchte Sitzung ab. Der Vorsitzende wies auf die Annahme der Verfassung in der Nationalversammlung hin, die mit der Grundlage für unser staatliches Leben auch die Grundrechte für die Beamten festlege. Insbesondere sei die Schaffung des Beamtenrechts für alle Beamte vorgesehen. Im § 129 werden die erworbenen Rechte der Beamten anerkannt und damit die Besorgnisse vieler Beamten beseitigt, die vielfach nicht mit Unrecht Befürchtungen hegten. Sodann erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Frage der Teuerungszulagen. Mit der Regelung der einmaligen Zulage erklärte man sich im allgemeinen einverstanden. Gewünscht wurde, daß die preußische

Die Leiden unserer Kriegsgefangenen.

Ein Genosse sendet uns folgenden, den Augen des Zensors entgangenen und über die Grenze geschmuggelten Brief eines Kriegsgefangenen zu, dem wir u. a. folgendes entnehmen: „Ich war froh, mit Meinesgleichen zusammenzukommen, aber o Schreck, die Menschen, die ich hier traf, waren, da sie schon zwei Monate in dem Saulager verbracht hatten, beinahe Idioten geworden. In einem Spitzzelt von 4 Meter Durchmesser lagen jedesmal 23 Mann zusammengepfercht, so daß wir alle ständig auf der Seite liegen mußten, um überhaupt Platz zu finden. Für 23 Mann gab es 10 Liter Essen. Morgens 140 Gramm Brot, 7 Gramm Butter; abends 112 Gramm Keks (das ist ungefähr ein Trinkbecher voll). Da dieses Quantum schon für einen Säugling zu wenig ist, so trat nach und nach eine sich immer weiter ausbreitende Entkräftigung aller Kameraden ein. Bei unserem täglichen Antreten zum „Zählen“ sanken dann auch jedesmal über ein Dutzend der Kraftlosgewordenen um. Dazu kam ein naßer Sauwinter mit fast fortwährendem Regen, der unseren Lagerplatz in ein weites Schlammfeld verwandelte. Durch die ewige Näße faulten uns die Lumpen am Leibe, denn Wäsche zum Wechseln gab es nicht und zu allen diesen Uebeln gesellten sich unzählige Läuse. Endlich kamen wir nach 14 tägigem Aufenthalt aus dieser Hölle nach dem Lager von Trouville. Es kam uns dort ordentlich fein vor, 20 Mann in einer Baracke, so groß wie zwei Zelte, mit Bretterfußboden und einem Ofen, an dem wir unsere Sachen trocknen konnten. Jedoch bekamen wir erst im Januar das erste Hemd. (Seit November. D. R.) Jetzt konnten wir endlich der Läuse Herr werden; was man unter ihnen leiden kann, weiß nur, wer es mitgemacht hat. Jedoch ging die Kohldampfschieberei in verstärkter Form weiter. An die Nation hatte man sich bald gewöhnt, doch war man des Morgens oft vor Hunger schwindlig und ich hatte mich schon auf ein langsames Hinsterben gefaßt gemacht. Da kam endlich im März die erste Post an. Die Behandlung durch unsere Aufseher hat sich gebessert, daß aber unsere Verpflegung nach Abschluß des Waffenstillstandes und Unterzeichnung des Friedens nicht im mindesten besser wurde, ist gemein. Das ist nun alles überstanden, denn nachdem die Post angekommen ist, sind wir aufgelebt, und wenn wir jetzt gut aussehen, so haben wir dies unseren Lieben daheim zu verdanken, welche imstande waren, uns mit Lebensmitteln zu unterstützen. Auf die Erlösung hoffen wir von einem Tag zum anderen, jedoch machen wir uns auf alles gefaßt, denn wir sind enttäuscht worden wie noch nie im Leben. Wenn es nicht gar so aussichtslos wäre, hätte ich vielleicht auch schon einen Fluchtversuch gemacht, sie bringen jedoch alle wieder zurück und von Hundert gelingt es vielleicht Einem, so mancher büßte es schon mit dem Leben. So heißt es aushalten und Kopf hoch!

Hoffentlich gehen die Leiden dieser noch immer so schrecklich darbenden Opfer der Kriegsgreuel bald zu Ende, und wir erhalten alle unsere Söhne und Brüder zurück, die wohl unsere treuesten Mitstreiter gegen den Krieg und alle seine fluchbeladenen Auswüchse sein werden.

Kunst und Wissenschaft.

Walhalla-Theater. Drei alte Schachteln, Operette in 3 Akten mit einem Vorspiel von Herm. Haller. Ein Treffer nach allen Seiten. Für die rührige Direktion ein ausverkauftes Haus, für die Künstler Beifall, Blumen und Kränze, alles wohl verdient. Walter Kollo hat zu dem etwas reichlich rührseligen Libretto eine Musik geschrieben, die sofort den Kontakt zwischen Bühne und Auditorium herstellt und nach kurzer Zeit ists gewissermaßen ein „gemeinsames Erleben“. Weisen, wenn auch nicht durch D. R. P. geschützt, so doch um so urwüchsiger, einschmeichelnder, durchziehen die ganze „Handlung“. Drei alte Schachteln „bekreuzigen“ sich über die liebe Jugend, die durch die liebreizende Charlotte Krüger (Frl. Gert. Walden) überaus anmutig in Spiel und Gesang verkörpert wird. Die erste Liebe zog in dies kleine Herz und erfüllte es mit der ganzen Sehnsucht und Hoffnung, deren die erste Liebe eben fähig ist. Und doch muß sich diese Sehnsucht zehn ganze lange Jahre gedulden, bis die Hoffnung erfüllt ward. Das ist die Handlung. Gespielt und gesungen wurde von allen Mitwirkenden mit großer Hingabe, ja, man hatte bei einigen derselben hin und wider den Eindruck, daß die Wirkung eine bessere, wohltuendere wäre, wenn dem „Eifer“ etwas Zügel angelegt würden. Wir denken hierbei vor allem an Frl. Else Tima und deren Partner Herrn Georg Krönlein, die beide in ihren Rollen ganz vorzügliches leisteten und doch ebenso gut abgeschnitten hätten, wenn sie etwas weniger Kraftanstrengung aufgebracht hätten. Die von den genannten Künstlern vertretenen Rollen sind die eigentlichen Hauptrollen des Stückes und wird dasselbe nur um so längeren und besseren Eindruck machen, je vorsichtiger und weniger drastisch dieselben verkörpert werden. Immerhin war der rauschende Beifall und der wiederholte Hervorruf, der diese beiden Mitwirkenden belohnte, ein wohlverdienter. Doch auch alle anderen Sänger und Sängerinnen gaben ihr Bestes. Ein Liebling des halleschen Publikums ist Herr Edm. Ferry, der auch gestern wieder einen „Hauptmann“ auf die Bühne stellte, der vollkommen befriedigte, dem wir nur etwas weniger „revolutionäres“ Aeußere „anziehen“ möchten. Dieser Künstler braucht sein Können nicht durch Aeußerlichkeiten zu beweisen. Frl. Erna Hummel verstand es, der zu „Grabe getragenen Hoffnung“ überzeugend Ausdruck zu verleihen und alle Liebe der Schwester zu schenken. Die übrigen Mitwirkenden gaben ebenfalls ihr Bestes und fügten sich glücklich dem Ganzen ein. Alles in allem hat die Direktion des Walhalla-Theaters mit den Drei alten Schachteln einen guten Wurf gemacht, der wohl für geraume Zeit ein volles Haus sichern wird.

K.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190905-15/fragment/page=0005
DFG

Regierung mit der Gewährung nicht zulange zögern möchte, Vorstellungen nach dieser Richtung hin sind von den Verbänden bereits erhoben. Die Stadtverwaltungen werden demnächst nachfolgen müssen. Eine sehr ausgedehnte Aussprache entstand über die bevorstehenden Arbeiterratswahlen. Der Vorsitzende gab ein Bild der Entwicklung und stellte fest, daß der sogenannte mittlere Arbeiterrat völlig zu Unrecht bestehe. Die Durchführung der Wahl darf nicht dem mittleren Rat überlassen werden, vielmehr hat der Magistrat die Ausführung zu übernehmen, wenn mit einer unpareiischent Wahl gerechnet werden soll. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Absendung einer Eingabe an den preußischen Fianzminister wegen Einreihung der Stadt Halle in die besonders teuren Orte beschlossen. Der Wortlaut der Eingabe wird genehmigt. Zum Schluß beantragt Herr Sperl folgende Entschließung: „Mit Rücksicht auf die unzureichende Menge der der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Lebensmittel ist es notwendig, die Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide, Mehl, Butter, Zucker, Fleisch und Milch und, falls die Kartoffelernte ungünstig ausfällt, auch für Kartoffeln vorläufig bestehen zu lassen. Die Zwangsbewirtschaftung kann erst dann nach und nach abgebaut werden, wenn genügend Vorräte vorhanden sind und das Angebot die Nachfrage übersteigt. Andernfalls würden wucherische Preissteigerungen die Verbraucherkreise im schwersten Maße schädigen." Diese Entschließung fand einstimmige Annahme.

*** Die Zustände im halleschen Kleinbäckereigewerbe.** Eine gut besuchte Bäckergehilfenversammlung tagte am 4. September im Bäckerinnungshaus. Ueber die Tagesordnung „Warum wird der Tariflohn in den halleschen Kleinbäckereien nicht gezahlt, und die gesetzliche Arbeitszeit nicht eingehalten?" referierte Kollege Biele. Er schilderte mit Hilfe erdrückenden Materials die skandalösen Zustände in den Kleinbäckereien, die Nichteinhaltung des Tarifes u. dgl. m. Die Verhältnisse haben sich hier gegen die Vorkriegszeit sehr wenig verändert. Die Behandlung der Gesellen und Lehrlinge lasse, was die ständig vorgebrachten Klagen beweisen, viel zu wünschen übrig. Ein großer Teil der Bäckermeister halte es nicht für notwendig, den Tarif einzuhalten, insbesondere die Entschädigung an die Lehrlinge zu zahlen. Als besonders starker Mann spielt sich hierbei der Bäckermeister Böhse in der Ankerstraße auf. Diesem „Herrn" ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Lehrlinge keine Entschädigung erhalten, und nach der Arbeitszeit mit allen möglichen und unmöglichen Hausarbeiten beschäftigt werden. Das Verbot der Sonntagsarbeit ist ihm Luft. Nach einer von der Organisation bei der Gewerbeinspektion eingereichten Beschwerde, wurden diese mit weniger Essen, Entziehung der Bettwäsche und anderen Schikanen beantwortet. Kritisiert wurden noch die Zustände in den Bäckereien von Rohde, Zwingerstr., Hahnemann, Leipziger Straße, König, Bernhardystraße und Keitel, Merseburger Straße. Die Gewerbeinspektion verspricht hier so bald wie möglich Abhilfe zu schaffen. Herr Kürbs, als Vertreter des Arbeiterrates, erklärte, daß der Arbeiterrat in Zukunft auch sein Augenmerk auf diese Mißstände richten werde. Kollege Strehler ging auf das von einem Kollegen erwähnte Züchtigungsrecht der Meister ein und wies darauf hin, daß Tätlichkeiten gegen die Lehrlinge zu unterbleiben haben. Gerügt wurde, daß der Magistrat sich nicht bemüßigt fühlt, die Anregungen des Fachausschusses zu befolgen, und durch eine andere Mehlzuteilung Arbeitsgelegenheit im Berufe zu schaffen. Ein anwesender Bäckermeister war der Meinung, daß es dem Berufe nicht dienlich sei, wenn solche Zustände noch bestehen. Bezeichnend ist, daß es der Bäcker-Innungsvorstand trotz Einladung nicht für notwendig gehalten hat, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Folgende eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute am 4. September im Bäcker-Innungshaus tagende Bäckergehilfenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Nichteinhaltung der tariflichen Abmachungen eines erheblichen Teiles der Bäckermeister. Die Versammelten beauftragen die Verbandsleitung noch einmal mit den betreffenden Meistern Rücksprache zu nehmen. **Sollte dann keine Aenderung eintreten, so ist die Verbandsleitung berechtigt mit Hilfe des Gewerkschaftskartells den Boykott über die betreffenden Betriebe zu verhängen.**

*** Gelbe Spitzel.** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen schreibt unter dieser Spitzmarke: Die gelben Angestelltenorganisationen, denen das Wachsen der freigewerkschaftlichen Bewegung unter den Angestellten ein Dorn im Auge ist, benutzen Mittel, um ihren moralischen Zusammenbruch aufzuhalten, die an Puttkammers Zeiten erinnern. Spitzel werden in die Versammlungen der freien Gewerkschaften gesandt, um dort ihr schmutziges Handwerk auszuüben. Dem Zentralverband der Handlungsgehilfen ist es gelungen, zwei dieser Spitzel, die Angestellte des Kaufmännischen Vereins von 1858 sind, abzufassen. Diese beiden Spitzel namens Fritz Rettig und O. Hinzmann erwarben die Mitgliedschaft beim Zentralverband unter falscher Angabe und haben ihre Tätigkeit darin gesehen, ihren Auftraggebern tendenziös zugeschnittene Berichte zu liefern, die sich jetzt im Besitz des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen befinden. Charakteristisch ist, daß ähnliche Berichte, wie sie von den Spitzeln dem 58er Verein geliefert worden sind, sich auch in Händen von Arbeitgebern befinden, und es liegt die Vermutung nahe, daß diese Kreaturen ihre Tätigkeit auch im Auftrage von Unternehmern verrichteten. Wenn die Gelblinge glauben sollten, durch solche Machinationen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen Mitglieder abjagen zu können, so werden sie sich sehr täuschen. Im Gegenteil! Die Angestellten werden in immer größerer Zahl den Verbänden vom Schlage des D. H. V., des Leipziger Verbandes, des Verbandes der weiblichen Angestellten, des 58er Vereins, des Vereins der deutschen Kaufleute und wie diese Gewächse alle heißen, den Rücken kehren, und dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen beitreten. Unsere Genossen in den Betrieben sollten es im allereigensten Interesse nicht unterlassen, auf die Notwendigkeit der freigewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Angestellten bei den bürgerlichen Verbänden ihre Kündigung bis zum 30. September per eingeschribenen Brief vollzogen haben müssen, da sie sonst noch ein Jahr Zwangsmitglied dieser Verbände des Angestelltenverrats bleiben müssen.

*** Keine unbegrenzten Ein- und Ausfuhrbewilligungen auf der Leipziger Messe.** Die in der Presse verbreiteten Nachrichten, daß Regierungsrat Veith als Beauftragter des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen zur Leipziger Messe mit der Aufgabe entsandt worden ist, dort Ein- und Ausfuhrbewilligungen zu erteilen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Entsendung des Beauftragten zur Leipziger Messe ist auf den dringenden Wunsch der Interessentenkreise erfolgt, und sowohl für die Leipziger wie für die Frankfurter Messe sind für bestimmte Waren insbesondere für Textilwaren bestimmte Einfuhrkontingente festgesetzt worden. Nur im Rahmen dieser Kontingente ist der Beauftragte befugt, Einfuhrbewilligungen zu erteilen. Bei der Ausfuhr erstrecken sich seine Befugnisse nur auf diejenigen Warengattungen, für die der Reichskommissar noch heute Ausfuhrbewilligungen gibt, dagegen nicht auf diejenigen, bei denen die Erteilung der Ausfuhrbewilligungen durch die Außenhandelsstellen ausgeübt wird.

*** Gegen die Trinkgeldunsitte.** Die Arbeitsgemeinschaft für das Gastwirtsgewerbe (Angestellte und Wirte) sendet uns folgende Zuschrift: Für das Gastwirtsgewerbe in Halle wurde zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Der Hauptpunkt dieses Abkommens ist die feste Entlohnung. Auch in Halle soll und darf kein Kellner ab Donnerstag, den 4. September, kein Trinkgeld mehr annehmen. Die organisierte Gehilfenschaft verkennt die Schwierigkeiten keinesfalls, die sich ihnen entgegenstellen werden. Es ist leicht, den einzelnen Angestellten zu sagen: Trinkgeld existiert nicht mehr, aber dem Publikum gegenüber sind wir machtlos. Hier können wir nur unsere Wünsche zum Ausdruck bringen. Diese lauten: Wenn Sie mit Ihrer Bedienung in einer Gastwirtschaft zufrieden sind, so bieten Sie bitte keine Trinkgelder an, durch deren Annahme der Angestellte, laut Tarif, seine Stellung verlieren würde. Der Angestellte hat die Pflicht, dieselben zurückzuweisen. Also mache man ihm seine Pflicht nicht so schwer! Trinkgelder, die auf dem Tische liegen bleiben, sollen an die Armenkasse abgeführt werden. Darum achte jedermann darauf!
Für die Arbeitsgemeinschaften, Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer, im Gastwirtsgewerbe in Halle a. S. gez. Otto Alex.

*** Flüchtlingsfürsorge.** Die bisher im Hause Mühlweg 14 befindliche Fürsorgestelle des Roten Kreuzes für Auslandsdeutsche und aus den besetzten Gebieten Vertriebene ist von der Stadtgemeinde übernommen worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte ist das Städt. Arbeitsamt, Abt. Erwerbslosenfürsorge, beauftragt. Die Geschäftsräume befinden sich bis auf weiteres im Hause Gr. Ulrichstraße 55, Hof 1 Treppe. Verkehrsstunden 8—3 Uhr. Fernruf Nr. 5426.

*** Wie geschoben wird.** Die Polizeiverwaltung teilt uns mit: Seit der am 7. Juli 1919 bei der Polizeiverwaltung erfolgten Einrichtung der Abteilung B wurden durch diese bis zum 31. August folgende im Schleichhandel angetroffene Gegenstände beschlagnahmt: 1459 Pfund Rindfleisch, 115 Pfund Schweinefleisch, 20 Pfund Kalbfleisch, 414 Pfund Pferdefleisch, 1 Hammel, 234 Würste, 357 Zentner Speck, 1319 Pfund Schmalz, 100 Pfund Talg, 84 Pfund Butter, 136 Zentner Margarine, 363 Kg. französisches Olivenöl, 1073 Pfund Mehl, 233 Pfund Weizen, 49 Pfund Kleie, 125 Pfund Gerste, 169 Pfund Zucker, 2031 Pfund Erbsen, 214 Zentner Kartoffeln, 9 Rinder- und Pferdehäute, 127291 Stück Zigaretten, 1344 Stück Schweizer Stumpen, 1946 Päckchen Tabak, 54 Paar Schuhe, neun Uniformröcke, 49 650 Mark Bargeld, aus einer Zuckerschiebung stammend, 1314 Kisten mit je 100 Dosen franz. Oelsardinen. Die beschlagnahmten Nahrungsmittel wurden, soweit von den zuständigen Behörden nicht anderweit über sie verfügt war, dem Stadternährungsamt und dem Kriegsbrotausschuß hier überwiesen.

Stadttheater. Heute, Freitag, wird die Operette „Der Zigeunerbaron" wiederholt. Sonnabend „Einsame Menschen", Drama von Gerhart Hauptmann. Sonntag, abends 6 Uhr, „Götterdämmerung". Montag „Die Rose von Stambul".

Thalia-Theater. Sonntag, den 7. September, abends 7½ Uhr, gelangt durch das Personal des Stadttheaters der Schwank „Der Raub der Sabinerinnen" zur Aufführung.

Bad Wittekind. Auf das heute, Freitag, abends 8 Uhr, stattfindende Extra-Konzert der Kapelle des Füs.-Regts. Nr. 36 als Ehrenabend für Kapellmeister Otto Haupt, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Die Vortragsfolge enthält Tonschöpfungen von Grieg, Smetana, Verdi, Beethoven, Liszt, Wagner, Conradi, Strauß und eine „Ungarische Fantasie" von Otto Haupt.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 6. September werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr 9401—9500

Halle, den 5. September 1919. **Der Magistrat.**

Aus der Provinz.

Merseburg. Selbstmord aus Ehrgefühl. Erschossen hat sich am Sonnabend nachmittag an der Saale zwischen Leuna und Rößeln der 17 Jahre alte Banklehrling Paul Jauck aus Leuna, der in einem hiesigen Bankgeschäft beschäftigt war. Der Grund zum Selbstmord dürfte in übertriebenem Ehrgefühl zu suchen sein. Der junge Mann brachte sich mit einem Revolver einen Schuß ins Herz bei, der sofort tödlich wirkte. J. ist elternlos; der Vater, der Gemeindevostieher Jauck, wurde vor längerer Zeit von einem Gänsedieb erstochen.

Querfurt. Magistratswahlen. Am 29. August fand hier die Wahl der unbesoldeten vier Magistratsmitglieder und eines Beigeordneten durch die Stadtverordneten statt. Gewählt wurden: als Beigeordneter Gen. Behrendt, als Magistratsmitglieder Gen. Baade, Küster (U. S. P.), Schneider und Dr. Breede (Bürgerl.) Auf der Tagesordnung standen außerdem nur noch zwei Dringlichkeitsanträge. Der erstere beschäftigte sich mit dem Ankauf von Erbsen und Speck für die Versorgung der Bevölkerung im Winter und wurde unter Heraufsetzung des Quantums genehmigt; der zweite forderte die Entsendung eines Stadtverordneten zur Tagung des Reichsstädtebundes im September nach Berlin. Als Teilnehmer und Berichterstatter wurde Gen. Behrendt gewählt.

Weißenfels. Sommerfest. Am kommenden Sonntag, den 7. September, veranstaltet der hiesige Sozialdemokratische Verein im „Schützenhaus" sein Sommerfest. Außer Tanz und einem Konzert des städtischen Orchesters, das bei der zu erwartenden günstigen Witterung im gern besuchten Schützenhausgarten stattfinden wird, sind noch Kinderbelustigungen mit Lampionumzug und eine Blumenverlosung vorgesehen. Da der Parteiverein mit geselligen Veranstaltungen seither sehr gegeizt hat, darf erwartet werden, daß keine Genossin und kein Genosse dem Sommerfest fernbleibt. Vielmehr muß der gesamte Bekanntenkreis möglichst restlos zur Teilnahme an unserem Vergnügen mobil gemacht werden.

Könnern. Mitgliederversammlung. Am Dienstag, den 2. 9., fand eine außerordentliche, gut besuchte Mitgliederversammlung des hiesigen Ortsvereins der S. P. D. statt. Auf Antragdes Gen. Schlüter wurde dieselbe als Monatsversammlung anerkannt. Die Festkommission für den 9. Nov. wurde durch die Genossinnen Oschmann, Pommer und Gen. Lehmann jun., die Zeitungskommission durch die Genossen Koch, Lorenz und Genossin Pommer ergänzt. Darauf entspann sich eine längere Debatte über den Antrag des Vorstandes, betreffs Ausschluß der beiden Genossen Boelecke und Müller, welche sich gegen die Partei-Disziplin verstoßen haben. Der Antrag wurde gegen sehr wenig Stimmen angenommen. Dieser Beschluß wird dem Bezirksvorstand zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Gen. Schreiber wurde mit Stimmenmehrheit zum 2. Vorsitzenden gewählt. Gen. Ecke mußte wegen seines Vergehens bei der letzten Stadtverordnetensitzung eine Rüge über sich ergehen lassen. Zum 2. Schriftführer wurde Gen. Lehmann jun. einstimmig gewählt. Sodann ermahnte Gen. Schlüter nochmals zur fleißigen Agitation für unsere Sache und legte es besonders den Genossinnen ans Herz, sich eifriger um die Partei zu betätigen.

Könnern. Schauturnfest. Nach fünfjähriger Pause veranstaltet der Männer-Turnverein Könnern (E. V.) am 6. bis 8. September ein volkstümliches Schauturnfest, welches sehr großzügig eingeleitet wird. An 20 Vereine sind Einladungen ergangen, von denen der größte Teil schon zugesagt hat. Durch zahlreichen Besuch kann die Bevölkerung Könnerns dem Fest einen würdigen Ausdruck geben.

Gräfenhainichen. Stadtverordneten-Versammlung. Um der dringenden Wohnungsnot abzuhelfen, wurden in der letzten Sitzung 150 000 M. zum Bau von Fachwerkhäusern bewilligt. Weiter sollen für Hausbesitzer, die nicht bewohnte Räume zu Wohnungen umbauen lassen wollen, 30 000 Mk. Darlehen gewährt werden. Der Arbeiterrat soll im Einvernehmen mit dem Magistrat die Vermittlung der Wohnungen übernehmen. Die von der Stadt unterstützte Gartenstadt-Genossenschaft wird in nächster Zeit mit dem Bau der Familienhäuser beginnen können. Material ist bereits beschafft, und es bedarf nur noch der Genehmigung der Baukostenzuschüsse seitens der Regierung. Weiter wurden die Kosten für ein Ende September abzuhaltendes Volksfest bewilligt. Den Beamten des Lebensmittelamts sowie den Feld- und Forstschutzbeamten wurden auf Antrag die Gehälter erhöht.

k. **Wittenberg.** Stadtverordneten-Versammlung. Pfarrer Knothe wurde als neugewählter Stadtverordneter in sein Amt eingeführt. Die Stv. Lehmann und Essebier gingen in eine Debatte betr. des Tarifvertrages mit den Privatangestellten ein. Stv. Better erklärte, daß die Ausführung des Beschlusses vom Juni über die Gleichstellung der städtischen Beamten mit den Staatsbeamten auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße. In eingehender Weise erörterte er darauf eine neue diesbezügliche Vorlage und empfahl deren Annahme. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung dieser Vorlage zu. Einigen kleineren Angelegenheiten, Versetzung in eine höhere Gehaltsklasse und Gewährung von Ruhegehalt, wurde ohne Debatte zugestimmt. Der Magistrat wurde ermächtigt, an die Gartenbaugenossenschaft, die bereits 21 Häuser erbaut hat, dem Verhältnis der bereits aufgeführten Bauten entsprechend, Auszahlungen zu machen. Hierauf erfolgte die Wahl von acht unbesoldeten Stadträten. Es wurden gewählt: Lauter, Schneider, Gerecke, Große, Essebier, Keitel, Harpke und Gen. Spröte.

K. **Wittenberg.** Stundung und Teilzahlung der Einkommensteuer. Infolge der verspäteten Einkommensteuerveranlagung sind auch im laufenden Jahr zwei Vierteljahrsbeträge kurz nacheinander fällig geworden. Wenn auch die Staatssteuerverwaltung die grundsätzliche und allgemeine Zahlung der Einkommensteuer in Teilbeträgen, etwa in Monatsraten, nicht zugestehen kann, so ist sie doch zu Entgegenkommen und zur Milderung etwaiger Härten gern bereit. Das preußische Finanzministerium hat bereits zu Anfang vorigen Monats an sämtliche Veranlagungsbehörden einen Runderlaß gerichtet, der die Anweisung enthielt: „Wenn infolge verspäteten Abschlusses der Veranlagung und der dadurch verursachten gleichzeitigen Fälligkeit mehrerer Vierteljahrsraten im Einzelfalle eine unbillige Härte entstehen würde, ist den Steuerpflichtigen hinsichtlich der Zahlungsweise der Steuern durch Bewilligung von Stundung und Teilzahlung jede zulässige Erleichterung zu gewähren."

Wittenberg. Hochkonjunktur bei den Dieben. In voriger Woche wurde bei der Firma M. Salzmann ein Einbruch verübt, bei denen die Diebe Seidenwaren im Werte von 40 bis 45 000 Mark mitgehen ließen. — Am Sonnabend stahlen Diebe, während der Auktionator Dunst seinen Beruf ausübte, aus dessen Wohnung 2400 Mark, die zur Auszahlung bestimmt waren. Von den Dieben fehlt jede Spur. — Unter den Augen der Polizei wurde am Sonnabend ein dem Hausvater Gurtmann gehöriges Fahrrad gestohlen. Herr G. hatte, während er in den städtischen Kassen zu tun hatte, sein Fahrrad unter das Fenster der Polizeiwache im Rathause gestellt, von wo es sich der Dieb aneignete. — Am Sonnabend wurde von der Polizei ein Mann beobachtet, wie er in der Coswiger Straße versuchte Schmucksachen zu veräußern. Er wurde als der Arbeiter P. aus der Katharinenstraße festgestellt, und gab an, daß diese Sachen Plündergut aus Halle seien. Er wurde dem Amtsgericht zugeführt. — Auch im nahen Bergwitz mehren sich die Diebstähle, so wurden vorige Woche verschiedentlich Gartendiebstähle ausgeführt, wo den Dieben eine reiche Beute an Aepfeln und Birnen in die Hände fielen. — In der Freitag-Nacht statteten Diebe der Molkerei einen Besuch ab. Die Diebe zerbrachen die eisernen Gitter und das Gemäuer und verschafften sich so Eingang zur Molkerei. Es fielen ihnen 62 Stück Butter, 5 Hühner und ein halber Schinken in die Hände. Um den feinen Gesellen das Handwerk zu legen, schreitet man zur Gründung einer Ortswehr.

Aus aller Welt.

Berlin. Funkentelegraphischer Schnellverkehr Berlin—Leipzig. Laut Mitteilung des Reichspostministeriums wird mit der Eröffnung der Leipziger Messe ein funkentelegraphischer Schnellverkehr Leipzig—Berlin eingerichtet.

Greifswald. Die Schüler des Gymnasiums sind in den Streik getreten, weil während der Ferien Kaiserbilder, Büsten von Kaiser Friedrich und von Heerführern, die zum teil Eigentum der Schüler waren, entfernt wurden. Die Schüler haben in einem Telegramm an den Kultusminister um Wiederanbringung der Bilder gebeten. — Sie werden wohl vergeblich sich bemüht haben. Was privates Eigentum ist, soll zurückgegeben werden. Aber derartige Bilder dürfen, namentlich wenn sie Symbole der Gesinnung sein sollen, keinen Platz in öffentlichen Anstalten beanspruchen, in denen auch Andersgesinnte sitzen.

Dresden. Eine Banknotenfälscherzentrale ausgehoben. Durch die hiesige Kriminalpolizei ist festgestellt worden, daß Dresden der Sitz einer großen Banknotenfälscherzentrale ist. Es sind viele 50-Mark-Scheine vom 20. Oktober 1918 und vom 30. November 1918 in Umlauf gesetzt worden. Auf die Ermittelung der Fälscher ist eine Belohnung bis 10 000 Mark ausgesetzt.

Mainz. An der Kaiserbrücke geriet am Donnerstag vormittag ein französisches Boot in Brand. Dabei kamen vier französische Soldaten ums Leben, und einer wurde schwer verletzt.

Brüssel. Internationaler Patentschutz. Einer Havasmeldung zufolge ist in Brüssel ein Internationaler Kongreß für den Schutz von Erfindungen und Patenten eröffnet worden.

Gewerkschaftliches.

Streik und Schiedsspruch im chemischen Großhandel.

Im Reichsarbeitsamt begannen am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Wulff die Einigungsverhandlungen zur Beendigung des Streiks im chemischen Großhandel. Es wurde über die Frage der Lohnsätze, die Gruppierung der Angestellten in verschiedene Klassen sowie über die Forderungen der Wirtschaftsbeihilfe und über die Bedingungen, unter denen der Streik abgebrochen werden kann, eingehend verhandelt. Die Arbeitgeber gaben trotz wiederholter Anfragen der Gegenpartei und des Verhandlungsleiters keine bestimmte Antwort. Es wurde insbesondere die Frage aufgeworfen, ob die Arbeitgeber bereit seien, sich dem zu fällenden Schiedsgericht zu fügen. Deren Vertreter erklärten jedoch, sich hierüber so lange nicht äußern zu können, als ihnen der Wortlaut des Schiedsspruches unbekannt sei. Andererseits erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer, daß sie sich dem zu fällenden Schiedsspruch fügen würden, ohne jedoch der Entschließung der Ausständigen vorgreifen zu wollen. Es wurde ferner noch die Frage der Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruches erörtert. Die Arbeitgeberseite führte dazu, au, daß man die Berechtigung einer Verbindlichkeitserklärung unter keinen Umständen anerkenne.

Um 3/4 4 Uhr begannen die Verhandlungen des Schiedsgerichts zwecks Formulierung des Schiedsspruches unter Ausschluß beider Parteien. Der Schiedsspruch wurde in später Abendstunde gefällt. Es wurde eine Staffelung in vier Gruppen vorgenommen. In der 1. Gruppe erhalten die Angestellten vom 18. bis zum 30. Lebensjahre ein Gehalt von 225 bis 440 M.; in der 2. Gruppe 225 bis 525 M.; in der 3. Gruppe 350 bis 625 M.; in der 4. Gruppe 560 bis 750 M. Das Mitbestimmungsrecht ist auf der Basis aufgebaut, wie das in der Metallindustrie. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten sich bereit, den Schiedsspruch anzunehmen. Der Vertreter der Arbeitgeber, Syndikus Dr. Engel, erhob jedoch gegen das Vorgehen des Vorsitzenden auf Grund des § 26 der Schiedsgerichtsordnung Protest. Der Vorsitzende rechtfertigte sein Verhalten und wies den Protest Dr. Engels als unpassend zurück. Die Arbeitgeber werden in einer besonderen Sitzung über die Annahme des Schiedsspruches Beschluß fassen.

Briefkasten der Redaktion.

Aktv. Bgsw. A. Sch. Sie unterstellen dem ersten Einsender, er sei faul und simuliere, um Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Beweise dafür bringen Sie nicht bei. Wir sind deshalb nicht in der Lage, Ihr Eingesandt aufzunehmen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: J. V.: Ad. Th... den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. Druck u... der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190905-15/fragment/page=0006